

Gemeindeparlament Arosa

Gemeindekanzlei Arosa

Protokoll der 2. Sitzung des Gemeindeparlaments

Datum: Mittwoch, 18. April 2018
Zeit: 13:30 – 17.10 Uhr
Ort: Gemeindezentrum Molinis

Teilnehmer:

Gemeindeparlament
Daniel Ackermann
Christoph Junker
Markus Lütcher
Michael Meier
Alessandro Minnella
Ruth Moro
Ludwig Waidacher
Andrea Hagmann
Johannes Hemmi
Claudia Jegi-Pargätzi
Georg Mettier
Martin Michael
Paul Schwendener
Jürg Sprecher

Gemeindevorstand
Lorenzo Schmid (Gemeindepräsident)
Yvonne Altmann
Peter Bircher
Rolf Bucher

Verwaltung
Peter Remek (Gemeindeschreiber)

GPK
Markus Buchli
Patric Iten

Entschuldigt: Bruno Preisig (Gemeindevorstand)

Protokoll: Jan Diener, Aktuar

Traktandenliste

1. Begrüssung
2. Protokollgenehmigung
3. Geschäfte
 - 6 Neues Gesetz über das Bestattungs- und Friedhofwesen in der Gemeinde Arosa
 - 7 Parlamentarischer Auftrag Christoph Junker betreffend Publikation Parlamentsprotokolle
4. Information zum Stand Dachorganisation Gesundheitswesen
5. Informationen des Gemeindevorstands
6. Hängige Aufträge / Anfragen
7. Aufträge / Anfragen / Fragestunde

1. Begrüssung

Gemeindeparlamentspräsident Paul Schwendener begrüsst die Mitglieder des Gemeindeparlaments, den Gemeindepräsidenten, den Gemeindevorstand, Markus Buchli und Patric Iten von der GPK und die anwesenden Zuschauer zur 2. Sitzung des Gemeindeparlaments im Jahr 2018 im Gemeindezentrum Molinis. Für die Sitzung entschuldigt hat sich Bruno Preisig vom Gemeindevorstand. Paul Schwendener stellt fest, dass 14 von 14 Parlamentarier anwesend sind und das Parlament gemäss Verfassung somit beschlussfähig ist.

Paul Schwendener stellt die dem Parlament rechtzeitig zugestellte Traktandenliste zur Diskussion. Das Gemeindeparlament genehmigt einstimmig die Traktandenliste.

2. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 1. Parlamentssitzung vom 11. Januar 2018 wurde durch den Aktuar mit der Einladung am 04. April 2018 zugestellt. Der Parlamentspräsident stellt das Protokoll zur Diskussion. Es werden keine Änderungen und Ergänzungen beantragt. Das Protokoll wird somit einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.

3. Geschäfte

6 F5.C. Vorschriften, Gesetze, Reglemente Neues Gesetz über das Bestattungs- und Friedhofswesen in der Gemeinde Arosa

Antrag:

Der Parlamentspräsident liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

"Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments

Der Gemeindevorstand beantragt dem Gemeindeparlament, dem vorliegenden Entwurf des Gesetzes über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Gemeinde Arosa wie im Anhang 1 im vollen Wortlaut widergegeben, zuzustimmen."

Eintreten:

Es werden keine Voten zum Eintreten gewünscht. Der Parlamentspräsident lässt über das Eintreten abstimmen. Eintreten wird vom Parlament einstimmig beschlossen.

Sachverhalt:

Die Botschaft mit Anhängen des Gemeindevorstandes an das Gemeindeparlament bildet die Grundlage des vorliegenden Geschäfts.

Paul Schwendener gibt das Wort an den zuständigen Departementsvorsteher weiter. Gemeindepräsident Lorenzo Schmid übernimmt die einleitenden Ausführungen stellvertretend für Departementsvorsteher Rolf Bucher, in dessen Ressort das Gesetz ausgearbeitet wurde. Rolf Bucher war in den vergangenen Wochen aus gesundheitlichen Gründen ausgefallen. Er wohnt heute der Sitzung bei, verfügt aber

noch nicht über die notwendige Stimmekraft um sich zur Vorlage ohne Mikrofon äussern zu können.

Mit der Vorlage des neuen Gesetzes über das Bestattungs- und Friedhofswesen sollen die verschiedenen, heute in der Gemeinde Arosa geltenden Gesetze und Reglemente ersetzt werden. Dabei wurde bewusst darauf geachtet, dass das Gesetz schlank gehalten ist, so dass die bestehenden Traditionen und Eigenheiten bei den verschiedenen Kirchen und Friedhöfen weiterhin Anwendung finden können.

Nach einer Sitzung am 28. Januar 2015 mit Vertretern der verschiedenen Kirchgemeinden hat das Departement Tourismus und öffentliche Sicherheit einen ersten Gesetzesentwurf aufgrund der bestehenden Gesetze und Reglemente in der Gemeinde Arosa sowie bestehender Gesetze in anderen Tourismusgemeinden ausgearbeitet. Dieser Gesetzesentwurf wurde in der Folge den Kirchgemeinden zur Prüfung zugestellt. Gleichzeitig wurden sie eingeladen, allfällige Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu formulieren.

Die eingegangenen Stellungnahmen wurden dann, soweit sinnvoll, in den Gesetzesentwurf sowie in das dazugehörige Reglement integriert. Es zeigte sich, dass der Gesetzesentwurf kaum zu Diskussionen Anlass gab. Vielmehr war den Kirchgemeinden wichtig, dass das Reglement die spezifischen Gegebenheiten, Eigenheiten und Traditionen in den jeweiligen Kirchen und auf den Friedhöfen berücksichtigt und ihnen diesbezüglich weiterhin ein recht grosser Spielraum bleibt. Insbesondere Läutordnung, Bestattungszeiten, Beschaffenheit der Grabstätten usw. waren hier wichtige Themen.

Der überarbeitete Gesetzesentwurf sowie das Reglement wurden anschliessend durch lic. iur. Gian Reto Zinsli, Chur, geprüft. Dabei wurden insbesondere noch formelle Korrekturen vorgenommen.

Anlässlich seiner Sitzung vom 26. September 2017 hat der Gemeindevorstand den Gesetzesentwurf geprüft und zur abschliessenden Vernehmlassung zu Händen der vier Kirchgemeinden sowie der Ortsparteien verabschiedet. Die Kirchgemeinden sowie die FDP Arosa haben in ihren Stellungnahmen das Gesetz in der vorliegenden Form gutgeheissen, die anderen Ortsparteien haben auf die Eingabe einer Vernehmlassung verzichtet.

Die wenigen noch gewünschten Änderungen oder Ergänzungen betrafen allesamt das Reglement, welches jedoch nicht Bestand des Parlamentsbeschlusses, jedoch zur Information der Botschaft angehängt ist (Anhang 2). Dennoch kann festgehalten werden, dass die eingegangenen Anträge ins Reglement eingeflossen sind.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich durch das neue Gesetz für die Kirchgemeinden und die Verwaltung grundsätzlich nichts ändert, die fusionierte Gemeinde Arosa jedoch lediglich noch über ein Gesetz über das Bestattungs- und Friedhofswesen verfügt, welches alle anderen ersetzt. Die für die Kirchgemeinden und auch die Verwaltung (Gemeindepolizei) relevanten Punkte werden im Reglement zum Gesetz über das Bestattungs- und Friedhofswesen geregelt, welches nicht Bestandteil des Parlamentsbeschlusses bildet und durch den Gemeindevorstand nach Inkraftsetzung des neuen Gesetzes genehmigt wird.

Erwägungen / Detailberatung:

Paul Schwendener führt artikelweise durch das Gesetz.

Allgemeine Bestimmungen

Keine Änderungsanträge

II. Bestattungswesen

Keine Änderungsanträge

III. Friedhofswesen

Keine Änderungsanträge

IV. Vollzugs-, Straf- und Schlussbestimmungen

Keine Änderungsanträge

Somit werden von Seiten des Parlaments zur Gesetzesvorlage keine Änderungsanträge gestellt.

Jürg Sprecher fragt, ob das Reglement zum Gesetz nicht ebenfalls im Parlament behandelt werden muss. Unter Punkt 2 «Mittelschanfigg», wo es um die Friedhofszuordnung geht, ist die Ortschaft Calfreisen nicht aufgeführt. St. Peter-Pagig, Molinis, Peist, Castiel und Lünen sind aufgeführt. Calfreisen ist bei Castiel zugewiesen. Jürg Sprecher bittet die Ortschaft Calfreisen zu ergänzen.

Lorenzo Schmid sagt, dass dies ergänzt wird. Es muss auch noch das Layout bezüglich der Marginalien überarbeitet werden.

Gemäss Paul Schwendener wurde das Reglement informativ dem Geschäft beigelegt. Die Genehmigung des Reglements liegt in der Kompetenz des Gemeindevorstandes.

Schlussabstimmung:

Nach Abschluss der Detailberatung und nachdem keine weiteren Voten gewünscht werden, lässt Paul Schwendener über den Antrag des Gemeindevorstandes abstimmen, welchen er nochmals vorliest.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die einstimmige Genehmigung des Gesetzes über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Gemeinde Arosa. Das Stimmverhältnis beträgt 14:0.
2. Gemäss Art. 40 lit. a) der Gemeindeverfassung unterliegt der Erlass und die Änderung von Gesetzen, welche im Gemeindeparlament ohne Gegenstimme verabschiedet worden sind, dem fakultativen Referendum. Gemäss Art. 41 Abs. 2 der Gemeindeverfassung beträgt die Referendumsfrist 90 Tage seit Veröffentlichung des Gesetzes oder Beschlusses im öffentlichen Publikationsorgan der Gemeinde.

3. Das Ressort Tourismus und öffentliche Sicherheit wird angehalten, im Reglement zum Gesetz unter Abschnitt II «Mittelschanfigg» die Ortschaft Calfreisen ergänzend zu den anderen Ortschaften aufzuführen. Die Genehmigung des Reglements liegt in der Kompetenz des Gemeindevorstandes.
4. Protokollauszug an:
 - Ressort Tourismus und öffentliche Sicherheit
 - Gemeindepolizei
 - Gemeindekanzlei

7 B3.1.6. **Gemeindeparlament**
Parlamentarischer Auftrag Christoph Junker betreffend
Publikation Parlamentsprotokolle

Antrag:

Der Parlamentspräsident liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

"Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments

Der Gemeindevorstand beantragt dem Gemeindeparlament, die Protokolle des Gemeindeparlaments auf der Homepage der Gemeinde Arosa zu veröffentlichen und die Art. 18, 61, 63 und 64 der Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament für die Gemeinde Arosa entsprechend anzupassen. "

Eintreten:

Der Parlamentspräsident gibt das Wort zum Eintreten frei. Christoph Junker bedankt sich beim Gemeindevorstand für die vorbereiteten Anpassungen, damit die Publikation der Parlamentsprotokolle künftig so gehandhabt werden kann. In diesem Sinn ist Christoph Junker für Eintreten. Es werden keine weiteren Voten für das Eintreten gewünscht. Der Parlamentspräsident lässt über das Eintreten abstimmen. Eintreten wird vom Parlament einstimmig beschlossen.

Sachverhalt:

Die Botschaft des Gemeindevorstandes zuhanden des Gemeindeparlaments bildet die Grundlage für das vorliegende Geschäft.

Der Parlamentspräsident übergibt dem zuständigen Departementsvorsteher Lorenzo Schmid das Wort, welcher das Geschäft erläutert. Der Gemeindevorstand begrüsst die Publikation der Parlamentsprotokolle auf der Homepage und stellt den entsprechenden Antrag. Es ist auch ein Teil des Kommunikationskonzeptes, welches aktuell im Entwurf vorhanden ist.

Mit Schreiben vom 8. Januar 2018 stellt Christoph Junker anlässlich der Gemeindeparlamentssitzung vom 11. Januar 2018 den Auftrag an den Gemeindevorstand, rückwirkend ab 1. Januar 2018 zu veranlassen, dass die Protokolle

des Gemeindeparlaments in der Form wie sie für die Archivierung erstellt werden, auf der Homepage der Gemeinde Arosa einsehbar sind. Falls notwendig ist dafür Art. 64 der Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament der Gemeinde Arosa wie folgt anzupassen:

"Die Gemeindekanzlei sorgt für die Publikation der Gemeindeparlamentsbeschlüsse im amtlichen Publikationsorgan und des gesamten Protokolls im Internet der Gemeinde Arosa".

Das Gemeindeparlament hat den Auftrag mit 13:0 Stimmen, bei einem abwesenden Parlamentarier, einstimmig genehmigt und zur direkten Bearbeitung ohne vorgängige Deponierung an den Gemeindevorstand überwiesen.

Die Beschlussprotokolle, resp. die Mitteilungen mit den Beschlüssen des Gemeindeparlaments werden heute gemäss Bestimmungen der Gemeindeverfassung und der Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament auf der Homepage der Gemeinde Arosa und in der Aroser Zeitung publiziert. Darüber hinaus werden die Parlamentsbeschlüsse in allen Anschlagkästen im Ort Arosa und in den Talortschaften publiziert.

Die ausführlichen Gesamtprotokolle des Gemeindeparlaments werden nicht auf der Homepage der Gemeinde aufgeschaltet, da gemäss Art. 27 Abs. 1 der Gemeindeverfassung die Protokolle des Gemeindeparlaments jeder und jedem Stimmberechtigten zur Einsicht offenstehen. Mit der Publikation auf der Homepage wären sie dann für jedermann und nicht nur für die Stimmberechtigten einsehbar. Gemäss Art. 27 Abs. 3 kann der Anspruch auf Einsicht durch Aushändigung eines Protokollauszuges erfüllt werden. Parlamentsbeschlüsse, die gemäss Gemeindeverfassung dem fakultativen Referendum unterliegen (bspw. Jahresrechnungen, Budget, etc.), sind gemäss Verfassung Art. 41 Abs. 1 öffentlich bekannt zu geben, was bisher auch immer mit einer separaten Publikation erfolgt ist.

Gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament der Gemeinde Arosa wird ein "Beschluss-Protokoll" geführt. Gemäss Art. 64 der besagten Geschäftsordnung sorgt die Gemeindekanzlei für die Publikation der Gemeindeparlamentsbeschlüsse im amtlichen Publikationsorgan und im Internet.

Gemäss Art. 32 Abs. 1 der Gemeindeverfassung und Art. 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung sind die Sitzungen des Parlaments öffentlich. Gemäss Gemeindeverfassung stehen die Parlamentsprotokolle jedoch nur den Stimmberechtigten zur Einsicht offen, was einen gewissen Widerspruch darstellt. Obwohl die Beschlussprotokolle resp. die Mitteilungen über die Beschlüsse des Parlaments immer auf der Homepage der Gemeinde, sowie in der Aroser Zeitung und in den Anschlagkästen publiziert werden, besteht ein Interesse an den Diskussionen des Parlaments, welche streng genommen nicht zu protokollieren wären.

In Anbetracht der öffentlichen Sitzungen des Gemeindeparlaments spricht nichts gegen Aufschaltung der ausführlichen Protokolle auf der Homepage der Gemeinde Arosa. Dazu ist die Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament der Gemeinde Arosa wie folgt anzupassen:

Art. 18 Abs. 2

"Der Aktuar kann amtliche Tonaufnahmen der Parlamentssitzungen aufzeichnen. Diese Tonaufnahmen bilden einen integrierenden Bestandteil des **Beschlussprotokolls Protokolls** und sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt."

Art. 61 Abs. 1

"Über die Verhandlungen des Gemeindeparlaments wird ein **Beschlussprotokoll Protokoll** geführt. (...)"

Art. 63

"Das **Beschluss-Protokoll Protokoll** wird zu Beginn der nächsten Sitzung zur Diskussion gestellt und genehmigt".

Art. 64

"Die Gemeindkanzlei sorgt für die Publikation der Gemeindeparlamentsbeschlüsse im amtlichen Publikationsorgan und **des gesamten Protokolls im Internet auf der Homepage der Gemeinde Arosa**".

Zu definieren ist der Zeitpunkt der Publikation des Protokolls. Sinnvoll ist es, dieses nach Genehmigung durch das Gemeindeparlament auf der Homepage aufzuschalten. Dies entspricht aber kaum dem Anliegen des Parlaments, da zwischen den einzelnen Parlamentssitzungen zum Teil mehrere Monate liegen. Grundsätzlich kann das Protokoll jedoch nach der Erstellung aufgeschaltet werden, mit dem Hinweis, dass das Protokoll noch durch das Parlament zu genehmigen ist.

Erwägungen / Detailberatung:

Seitens des Parlaments werden zum vorliegenden Geschäft und zu den angepassten Artikeln in der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments keine Ergänzungen gewünscht oder Änderungsanträge gestellt.

Schlussabstimmung:

Nach Abschluss der Detailberatung lässt Paul Schwendener über den Antrag des Gemeindevorstandes abstimmen, welchen er nochmals vorliest.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die einstimmige Genehmigung der Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments gemäss Antrag des Gemeindevorstandes. Das Stimmverhältnis beträgt 14:0.
2. Protokollauszug an:
 - Gemeindkanzlei
 - Büro des Gemeindeparlaments

4. Information zum Stand Dachorganisation Gesundheitswesen Arosa

Gemeindepräsident Lorenzo Schmid übernimmt die Erläuterungen zum Stand der Dachorganisation Gesundheitswesen Arosa stellvertretend für Departementsvorsteher Bruno Preisig, welcher sich für die heutige Sitzung ferienhalber entschuldigen liess.

Im Bereich Gesundheitswesen wurden Vorarbeiten geleistet in Bezug auf die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, mit welcher der Gemeindevorstand vom Gemeindeparlament beauftragt wurde. Der Gemeindevorstand bearbeitet dabei verschiedene Bereiche, unter anderem im Bereich Verkehr, im Zusammenhang mit den Kosten des Busses, etc. Im Bereich Gesundheitswesen ist die Gemeinde angehalten, kostenbewusster in die Zukunft zu gehen. Dies ist die Idee einer neuen Organisation im Gesundheitswesen.

Der Entwurf der Organisation, welche während der Sitzung an die Mitglieder des Parlaments verteilt wird, zeigt die vier in einem ersten Schritt involvierte Organisationen, bei welchen Handlungsbedarf besteht. Es handelt sich dabei um das Alterszentrum Arosa, welches vorzügliche Arbeit leistet; die Spitex Region Schanfigg, welche vorzügliche Arbeit leistet, jedoch einen hohen Kostenpunkt darstellt; die Arztpraxis Arosa AG, welche ebenfalls vorzügliche Arbeit leistet, aber auch entsprechende Kosten mit sich bringt und der Rettungsdienst, welcher in den letzten Wochen zeitweise leichte Turbulenzen ausgelöst hat. Zu diesem Bereich wird Lorenzo Schmid später an der Sitzung zurückkommen. Die neue Organisation sieht eine neue Abteilung «Zentrale Dienste» vor. Dieser Bereich übernimmt die administrativen Arbeiten der genannten vier Organisationen. Dies führt dazu, dass diese Arbeiten effizienter und professionell erledigt werden können und dadurch mittel- bis langfristig Kosten eingespart werden können. Im Entwurf der Organisation ist ein Bereich «Unternehmensentwicklung / Gesundheitstourismus» dargestellt. Die neue Organisation ist angehalten, aktiv an Aufgaben des Gesundheitstourismus heranzugehen. Es geht daher nicht nur um Kostensenkungen, sondern auch um die Generierung von Mehreinnahmen durch Entwicklung und Umsetzung von Projekten. Bei der Organisation wird es sich neu um eine juristische Person handeln. Diese wird auf operativer Führungsebene durch die Geschäftsleiter der heutigen selbständigen Unternehmungen besetzt. Geführt wird die operative Führung durch einen CEO, welcher den Vorsitz der Geschäftsleitung inne hat. Der CEO müsste auch einen Bereich leiten und nicht nur Geschäftsführer sein. Ansonsten würde dies teurer werden, als es heute ist. Auf der strategischen Ebene wird ein strategisches Gremium eingesetzt, in welchem Leute aus Arosa Einsitz nehmen. Es ist vorstellbar, dass ein Aroser das Präsidium übernimmt. Es muss aber nicht zwingend sein, dass nur Aroser im strategischen Gremium sind. Es können auch Personen von ausserhalb der Gemeinde Einsitz in das strategische Gremium nehmen und entsprechendes Know-how einbringen.

Bezüglich der Gesellschaftsform wurden neben der nun vorgeschlagenen Aktienkapitalgesellschaft verschiedene Modelle geprüft. Insbesondere die Vor- und Nachteile der Stiftung wurde sorgfältig angeschaut. Es wurden auch die

Gesellschaftsformen wie öffentlich-rechtliche Anstalt, GmbH, Verein, etc. für die neue Organisation geprüft. Als beste Gesellschaftsform hat sich die Aktienkapitalgesellschaft, in Form einer steuerbefreiten gemeinnützigen AG, erwiesen. Diese kann auch zu einem anderen als einem wirtschaftlichen Zweck gegründet werden. Die AG hat die Vorteile des Haftungssubstrats, welches beschränkt ist auf das Kapital und die Beweglichkeit mit den Aktien, wobei die Gemeinde zu 100% im Besitze der Aktien sein wird. Weitere Merkmale der gemeinnützigen AG sind folgende:

- Die Wahl des Verwaltungsrates und der Revisionsstelle erfolgt durch den Aktionär (Gemeinde)
- Keine Kontrolle durch die Stiftungsaufsicht
- Mutation Statuten / Urkunden werden vom Aktionär (Gemeinde) genehmigt.
- Von der Steuerpflicht befreit (Ausnahmen für gewisse Sparten wie Arztpraxis möglich)
- Schnelle Anpassungen möglich
- Minimalkapital CHF 100'000.-

Das Minimalkapital muss liberiert werden. Die Barliberierung ist jedoch nicht vorgesehen, da das Kapital mittels einer Sacheinlage finanziert werden soll. Es ist vorgesehen, die Liegenschaft und das Grundstück des Alterszentrums, welche sich heute im Besitze der Gemeinde und nicht im Besitze der Stiftung Surlej befindet, an die neue Organisation zu übertragen. Das Grundstück mit der Liegenschaft soll dazu abparzelliert und bewertet werden. Der Rest der Parzelle «Ochsenbüel» bleibt im Besitze der Gemeinde. Für den Grundstücks- und Gebäudewert erhält die Gemeinde im Gegenzug den Gegenwert in Form einer Kombination aus Aktien und Darlehen. Das richtige Verhältnis ist noch zu berechnen. Die Umbuchung von der Gemeinde an die neue Organisation erfolgt damit erfolgsneutral.

Eine erste Berechnung zeigt, dass das Gebäude nach Abschreibung heute einen Wert von rund CHF 13.7 Mio. hat. Dieser Wert wird in der neuen Organisation in den Aktiven als Sachanlage verbucht. Der Wert der Kantonssubventionen beträgt nach Abschreibungen rund CHF 7.5 Mio. und wird in der neuen Organisation als Rückstellung in den Passiven verbucht. Der Nettowert der Liegenschaft, wie sie per 01. Januar 2018 in der Gemeindebuchhaltung geführt wird, beträgt rund CHF 5.4 Mio. Dieser Wert wird in der neuen Organisation in den Passiven in einer Kombination von Aktienkapital/Darlehen verbucht. Der Wert des Grundstückes ist dabei noch nicht berücksichtigt.

Das Vorgehen für die Sacheinlagegründung gestaltet sich wie folgt:

1. Gründung einer AG mittels Sacheinlagegründung
2. Übertrag Vermögen der heutigen Stiftung Alterszentrum an die AG (Bedeutet die Auflösung der Stiftung)
3. Die Umwandlung muss innert sechs Monaten nach dem massgebenden Bilanzstichtag erfolgen. In der Regel ist dies der 31.12. Allenfalls kann dies auch auf Basis einer geprüften Zwischenbilanz erfolgen (bspw. 30.06. oder 30.09.).

Für dieses Vorgehen und zur Auflösung der Stiftung ist die Zustimmung folgender Ämter notwendig:

- Stiftungsaufsicht des Kantons Graubünden
- Steuerverwaltung des Kantons Graubünden
- Gesundheitsamt des Kantons Graubünden

Die Auflösung der Stiftung wäre nicht zwingend notwendig, aber da diese mit dem Verkauf der Liegenschaft Surlej heute über kein Stiftungsvermögen mehr verfügt, ist die Legitimation der Stiftung nicht mehr gegeben. Sie hat zwar eine hohe Liquidität. Diese deckt jedoch die zweckgebundenen Reserven für die Instandsetzung und Erneuerung. Das Stiftungskapital beträgt lediglich CHF 10'000.-. Die Stiftung Surlej verfügt in dem Sinn über kein Vermögen mehr und befindet sich heute grundsätzlich in einer Situation, die ohnehin Massnahmen nötig machen würden.

Die Kosten für die Ausgliederung der Liegenschaft verursacht Kosten für die folgenden Aufwendungen: Grundbuchgebühren, Notariatskosten, Beratungshonorar für die Einholung eines Steuerrulings, Gründungskosten, Handelsregistergebühren und die Prüfung des Gründungsberichtes.

Für die Umsetzung des Projektes braucht es einen Rechtsanwalt und Notar, eine Revisionsstelle für die Prüfung der Sacheinlage resp. Sachübernahme, allenfalls einen Treuhänder für die Klärung der steuerlichen Fragen. Die Kosten dafür werden aktuell abgeklärt.

Der Nutzen der neuen Organisation ergibt sich in der Zusammenführung. Die Zentralen Dienste bringen mittel- bis langfristig Einsparungen durch eine einheitliche Buchführung, ein einheitliches Personalwesen, der Zentralisierung der EDV und der administrativen Entlastung der Bereiche, insbesondere der Bereichsleiter, welche sich auf das Kerngeschäft konzentrieren können. Der Bereich der Zentralen Dienste wird zu Beginn in etwa gleich viel Stellenprozente benötigen, wie sie heute auf die verschiedenen Bereiche verteilt sind. Mit den Zentralen Diensten wird ein internes Kompetenzzentrum für Dienstleistungen geschaffen. Die neue Organisation kann mit einer Stimme gegenüber Dritten auftreten. Gemeinsame Projekte im Bereich «Gesundheitstourismus» können angegangen werden um die Defizite zu reduzieren. Das Alterszentrum hat die «barrierefreien Ferien» bereits heute erfolgreich umgesetzt und konnte damit das Defizit massgeblich reduzieren.

Das weitere Vorgehen gestaltet sich wie folgt:

- Abklärung der Kosten für den Anwalt/Notar, Revisionsstelle und des Treuhänders, sowie für die Kosten für die Umsetzung des Projektes.
- Einverständnis bei den kantonalen Stellen einholen
- An der Parlamentssitzung vom 27. Juni 2018 soll das Geschäft mit Beschlussfassung über den Übertrag der Liegenschaft an die neue Organisation behandelt werden.
- An der Urnenabstimmung vom 23. September 2018 soll der Übertrag des Grundstücks und der Liegenschaft beschlossen werden.
- Einleitung Auflösung des Vereins der Spitex Region Schanfigg und der Arztpraxis Arosa AG

Gemäss Lorenzo Schmid sind die Terminvorgaben sehr optimistisch angesetzt. Das Vorhaben muss nicht so dringlich umgesetzt werden. Die Terminvorgaben sind jedoch gesetzt worden, damit ein gewisser Druck zur Umsetzung vorgegeben wird.

Diskussion

Christoph Junker fragt von wo aus das Büro der Spitex organisiert wird.

Lorenzo Schmid antwortet, dass sich der Sitz der Spitex Region Schanfigg heute im Haus Mesmeta in St. Peter befindet.

Christoph Junker fragt, ob die operative Führung mehr strategisch arbeitet. Die verschiedenen Bereiche wie Spitex, Alterszentrum und Arztpraxis laufen auch künftig autonom. Er fragt sich, was bei der operativen Führung zusammengeführt wird um Vereinfachungen herbeizuführen und ob die strategische Führung künftig in einem Büro sitzt, um eine örtliche und räumliche Vereinfachung herbeizuführen.

Gemäss Jan Diener handelt es sich dabei um ein Geschäftsführungsmodell für eine Unternehmung. Die Organisationen werden zu einer juristischen Person zusammengeführt, resp. fusioniert. Die einzelnen Geschäftsführer der heutigen Betriebe sind in der neuen Organisation Abteilungsleiter ihrer Bereiche. Zusammen bilden sie die operative Geschäftsleitung. Strategisch arbeitet der Verwaltungsrat. Bei der neuen Dachorganisation besteht nur noch ein strategisches Gremium. Bei der Spitex wird es den Vereinsvorstand nicht mehr geben. Auch der Stiftungsrat beim Alterszentrum und der Verwaltungsrat bei der Arztpraxis gibt es in der neuen Organisation nicht mehr. Dies ist eine der Vereinfachung der neuen Organisation. Die neue strategische Führung erarbeitet, in Zusammenarbeit mit der operativen Führung, Strategien und trifft Entscheide, welche von der operativen Führung für die Organisation oder für die einzelnen Bereiche umzusetzen sind. Die operative Führung muss nicht unbedingt im gleichen Büro untergebracht sein. Bei der Gemeinde besteht ein ähnliches Modell. Die Arbeitsbereiche sind in Departemente aufgeteilt. Auf strategisch/politischer Ebene arbeiten die Departementsvorsteher. Jedes Departement hat Ressortleiter. Jan Diener ist Ressortleiter Soziales und arbeitet in der Aussenstelle in St. Peter und hat einen externen Zugriff auf die Daten der Gemeindeverwaltung um seine Aufgaben von St. Peter aus erledigen zu können. In regelmässigen Abständen treffen sich die Ressortleiter zu Sitzungen. Ähnlich aufgebaut ist die neue Dachorganisation Gesundheitswesen.

Markus Lüscher fragt, ob sich die Situation bei der Beantragung von Subventionen resp. bei der Berechtigung für den Bezug von Subventionen aufgrund der neuen Organisation mit der neuen Gesellschaftsform «gemeinnützige AG» gegenüber den heutigen Gesellschaftsformen Verein, Stiftung, etc. ändert. Die Frage stellt sich insbesondere bei einem grösseren Bau oder Umbau gegenüber Subventionsgebern.

Gemäss Jan Diener erfüllen die verschiedenen Organisationen des Gesundheitswesens ihre Aufgaben aufgrund der bestehenden gesetzlichen Grundlagen. Die Spitex beispielsweise rechnet ihre Leistungen nach den Tarifen der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) ab und erhält entsprechende gesetzlich geregelte Beiträge von Kanton und Gemeinden. Die Subventionsbeiträge für Pflegebetten sind im Krankenpflegegesetz des Kantons Graubünden geregelt. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen spielt die Gesellschaftsform für den Bezug von Subventionen keine Rolle.

Lorenzo Schmid ergänzt, dass die Diskussionen auch damals im Grossen Rat geführt worden sind. Reto Nick war der Ansicht, dass die Alterszentren selbsttragend sein müssen und die Gemeinden keine Mittel mehr einzuschliessen haben. Die Diskussion ob Stiftung oder AG wurde damals mit ihm geführt. Die Aussage von Reto Nick war,

dass die Stiftung behalten werden soll, aufgrund des Images, welche eine Stiftung hat. Die AG ist gewinnorientiert und hat den Ruf rücksichtslos zu sein. Die Stiftung hingegen ist gut und hat meist einen sozialen Zweck. Für diese würden auch Leute gefunden werden, welche Mittel sponsern. Das stand damals zur Diskussion, ob die Stiftung Surlej in eine AG umgewandelt werden soll. Heute liegt ein ganz anderes Modell vor. Es ist wichtig, dass der Begriff «gemeinnützig» dabei hervorgehoben wird. Bei den Beiträgen der öffentlichen Hand spielt die Gesellschaftsform keine Rolle. Es könnte aber eine Rolle bei den Spendengeldern haben.

Lorenzo Schmid spricht einen weiteren Punkt an. In letzter Zeit fand ein reger Austausch mit dem CEO des Kantonsspitals, Dr. Arnold Bachmann, bezüglich des Ambulanzstützpunktes Arosa statt. Er hat es sehr begrüsst, dass die Gemeinde ein solches Modell anstrebt und der Rettungsdienst in die neue Dachorganisation Gesundheitswesen integriert werden kann. Wenn die Gemeinde den Rettungsdienst selber organisiert, bekommt sie Unterstützung vom Kantonsspital für dieses Modell. Der ganze Betrag welcher das Kantonsspital bisher eingesetzt hat, würde die Gemeinde, resp. die neue Organisation, erhalten.

Ludwig Waidacher fragt, ob bereits Hochrechnungen bezüglich den Kosten resp. den Einsparungen gemacht worden sind. Der Leidensdruck für die neue Organisation kommt vor allem von der Kostenseite. Er fragt, was mit einer solchen Organisation bezüglich der Kosten im Vergleich zu heute herausgeholt werden kann. Es werden viele weiche Faktoren genannt, welche sich gut anhören. Entscheidend sind am Ende die Kosten.

Lorenzo Schmid antwortet, dass man diesbezüglich im ersten Moment nicht zu euphorisch sein darf. Konkret wird es, wenn man sieht, mit welchen Personen die Organisation besetzt ist. Massgeblich ist der Bereich der «Zentralen Dienste». Im Gemeindevorstand wurde über Namen diskutiert. Wenn der Bereich «Gesundheitswesen» bei der Gemeinde herausgenommen wird, entfallen dort die entsprechenden Aufwendungen. Das Projekt ist so aufzugleisen, damit die Gemeinde entlastet wird. So konkret ist das noch nicht aufgestellt. Deshalb ist der Termin am 27. Juni 2018 für die Behandlung des Geschäfts im Parlament auch sehr optimistisch angesetzt.

Gemäss Jan Diener liegen erste Hochrechnungen in Form einer Planbilanz und Planerfolgsrechnung vor. Die heutigen administrativen Aufgaben, welche auf die «Zentralen Dienste» zu übertragen sind, werden in den einzelnen Bereichen im Rahmen von Teilzeitpensen erledigt. Die Aufgaben selber reduzieren sich nicht gross, sondern werden mit der Zentralisierung effizienter und effektiver erledigt werden können, was mittel- bis langfristig zu Kosteneinsparungen führt. Dies hat auch der externe Projektberater Philipp Gunzinger bestätigt. Bei der Buchhaltung ist es so, dass für jeden einzelnen Bereich, resp. Abteilung, eine Jahresrechnung erstellt werden muss, die für die Abrechnung mit dem Kanton benötigt werden. Beim vorliegenden Modell müssen drei Jahresrechnungen (Spitex, Alterszentrum, Arztpraxis) und eine konsolidierte Rechnung erstellt werden. Beispiele können bei Dachorganisationen im Internet eingesehen werden, wie beim Gesundheitszentrum Unterengadin. Was definitiv nicht bestätigt werden kann ist, dass mit der Umsetzung der Organisation auf einen Schlag bspw. CHF 100'000.- eingespart werden können. Das wäre reine Augenwischerei. Der gewünschte Effekt zur Reduzierung der Kosten kann nur erreicht werden mit einer Kombination von Einsparungen und der

Generierung von zusätzlichen Einnahmen. Daher ist die Strategie der neuen Organisation und die entsprechende Umsetzung massgebend.

Ludwig Waidacher sagt, dass es im Idealfall am Anfang nicht mehr kostet als heute. Er ist in solchen Dingen ein gebranntes Kind. Es sieht immer gut aus, aber irgendwann muss auch ein Vorteil herausgefunden werden. Es bringt nichts, einige Berater zu finanzieren und eine neue Struktur aufzubauen um am Ende genau gleich weiterzufahren wie bis anhin. Ludwig Waidacher sieht hier absolut eine Chance. Allenfalls besteht auch eine gute Chance mit den Beherbergungen, wenn dies gut angegangen wird. Dies ist möglich, wenn professionelle Strukturen geschaffen werden, die sich nur darum kümmern. Die Gemeinde musste nun etwas aufgleisen, weil Not am Mann ist, was auch nicht ideal ist. Es ist gut, dass man es gemacht hat, aber es hat bei Peter Remek und Jan Diener auch viel Kapazitäten gebunden, die in der normalen Arbeitszeit gemacht werden mussten. Es hat eine Chance, wenn sich künftig jemand nur darum kümmert. Ludwig Waidacher appelliert, dass in der Botschaft ans Parlament eine konkrete Aussage gemacht wird. Der Leidensdruck ist von der Kostenseite hergekommen. Es ist ein guter Schritt, dass man sich so aufstellt. Die Gesundheit wird kosten. Die Frage ist, wer bezahlt.

Alessandro Minnella fragt, ob die Geschäftsleiter der einzelnen Betriebe in den Prozess involviert sind und ob diese entsprechend abgeholt wurden. Weiter fragt, er ob sie hinter dem Projekt stehen. Solche Prozesse sind auch immer mit Ängsten verbunden, die bspw. mit der Abgabe von Macht verbunden sind. Die heutigen Geschäftsleiter wären künftig «Bereichsleiter».

Gemäss Jan Diener besteht eine operative Projektgruppe, welche sich aus den Geschäftsführern der einzelnen Betriebe zusammensetzt und am vorliegenden Modell mitgearbeitet haben. Weiter besteht ein strategischer Ausschuss, welcher sich aus den Präsidenten der strategischen Gremien der einzelnen Organisationen zusammensetzt. Diese sind über das Modell informiert. In einem nächsten Schritt werden die Mitarbeiter der einzelnen Betriebe im Rahmen einer Informationsveranstaltung über das Projekt informiert. Dies damit sie aus erster Hand informiert werden und nicht über das Projekt aus der Zeitung erfahren. Die Mitglieder der operativen Projektgruppe stehen hinter dem Projekt. Die einzelnen Bereiche arbeiten auch künftig sehr autonom und brauchen eine Führung. Im Rahmen der Modellentwicklung fiel aber auch die Aussage, dass sie froh sind, wenn sie von gewissen Aufgaben wie die IT entlastet werden. Jedoch ist auch klar festgehalten worden, dass die Personalführung in den einzelnen Bereichen verbleiben muss. Diese kann nicht zentralisiert werden. Hingegen erledigen die zentralen Dienste alle administrativen Arbeiten, wie die Erstellung von Arbeitsverträgen, Personalversicherungen, Ausländerbewilligungen, etc.

Gemäss Alessandro Minnella ist das Ziel somit, durch Effizienzsteigerung Kosten einzusparen.

Ruth Moro fragt bezüglich der personellen Einsparungen. Man will Personal einsparen und Kosten einsparen. Sie fragt, ob dies auch bei Teilzeitstellen und bei Vollzeitstellen erfolgt. Wenn bspw. Dr. Julia Schürch Ressortleiterin in der neuen Organisation ist, was sie heute mit der Leitung der Arztpraxis auch schon macht, dann hat sie in der neuen Organisation zusätzlichen Aufwand, wenn sie auch noch strategisch, administrativ arbeiten muss. Ruth Moro fragt, ob auch berücksichtigt wurde, dass der Mehraufwand von Julia Schürch abgefangen werden muss mit der

Ergänzung von zusätzlichen Ärzten. Dies wäre dann auch wieder ein Kostenfaktor. Generell fragt Ruth Moro, wo Personal gespart werden soll.

Lorenzo Schmid geht nicht davon aus, dass Julia Schürch mehr Aufwand haben wird, ausgenommen von ihrer Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung. Dies ist nur von Vorteil, wenn sich die Geschäftsleiter/Innen untereinander austauschen. Was in diesem Bereich wegfällt ist der grosse Aufwand von Jan Diener. Diese Arbeiten verschieben sich auf die «Zentralen Dienste». Für die einzelnen Abteilungsleiter in dieser neuen Organisation sollte nicht mehr Arbeit anfallen.

Jan Diener ergänzt, dass es bspw. die einzelnen strategischen Gremien nicht mehr gibt. Der CEO, resp. der Vorsitz der Geschäftsleitung, ist dann zuständig für die Verbindung zwischen der strategischen Führung und der operativen Führung. Für die anderen Abteilungsleiter entfällt dieser Aufwand. Die Spitex oder die Arztpraxis sind Kleinbetriebe, die jetzigen Geschäftsführer sind Allrounder und für alles zuständig. Mit der neuen Organisation werden sie durch die Zentralen Dienste von diversen administrativen Aufgaben entlastet. Jan Diener sagt, dass ein Stellenabbau für die neue Organisation nicht angedacht ist. Es werden sich Änderungen in der Aufgabenstellung und Einreihung in der Organisation für die Mitarbeiter geben, welche heute im administrativen Bereich tätig sind.

Georg Mettier sieht aufgrund der Diskussion nicht, dass mit der neuen Organisation effektiv Geld gespart werden kann. Auf einer der Präsentationsfolien ist auch festgehalten, dass der Bereich Zentrale Dienste in etwa gleich viele Stellenprozent benötigt, wie sie bis heute auf die verschiedenen Bereiche verteilt sind. Die Aufgaben verschieben sich somit von den verschiedenen Abteilungen auf eine Einzige. Das Alterszentrum ist heute eine Stiftung, die Spitex ein Verein. Diese Gesellschaftsformen bestehen seit Jahren und sind in der Bevölkerung verankert. Dadurch fliessen auch Spendengelder. Das ist ein Risiko, wenn diese Gesellschaftsformen einfach so aufgelöst werden. Bei der Spitex sind sehr viele Leute Mitglied im Verein. Dies ist dann später weg. Die ganze neue Organisation ist dann viel weiter weg von der Bevölkerung. Dies ist unbedingt zu berücksichtigen.

Beim CEO, dem operativen Geschäftsführer, handelt es sich um eine sehr wichtige Person. Georg Mettier fragt, ob schon angedacht ist, wer diesen Posten besetzen soll. Auf diese Person kommt es darauf an, ob die Organisation funktionieren wird oder nicht. Bei den Mitarbeitern der Organisation wird sich nicht viel ändern, bspw. bei den Pflegefachleuten, bei den Spitex-Mitarbeitern oder bei den Angestellten der Arztpraxis. Dort wird es auch nicht sehr viel Synergien geben können, da diese Mitarbeiter alle andere Aufgaben haben. Auf den Präsentationsfolien ist dahingehend nichts erwähnt.

Lorenzo Schmid antwortet zum ersten Teil, dass der Draht zur Bevölkerung nicht verloren gehen darf. Dies auch im Hinblick, dass Siegfried Eggimann auch in der neuen Organisation die Spitex leiten wird und nicht glücklich wäre, wenn der Kontakt zu den Leuten nicht mehr bestehen würde. In der strategischen Ebene sollen daher auch die bisherigen Präsidenten oder andere Vorstandsmitglieder der bisherigen strategischen Gremien Einsitz nehmen. Das soll nicht verloren gehen. Es wird zu Beginn natürlich eine Umstellung sein.

Georg Mettier sagt, dass die Leute eine hervorragende Arbeit leisten. Bei der Spitex handelt es sich um einen Verein. Viele Leute zahlen jedes Jahr einen Mitgliederbeitrag. Einmal im Jahr findet eine GV statt, an welchem die Mitglieder teilnehmen können. Das ist eine sehr bodenständige Sache, die dann mit der neuen

Organisation weg ist. Das darf nicht ganz vergessen werden. Bei der Stiftung ist es allenfalls nicht ganz dasselbe. Dort ist das Ganze auf den Stiftungsrat beschränkt und es wird keine weiteren Mitglieder geben.

Lorenzo Schmid führt weiter aus, dass die Position des CEO im Gemeindevorstand Diskussionen ausgelöst hat und er sich ebenfalls Gedanken gemacht hat, wer dieses Amt wahrnehmen könnte. Das wurde bis jetzt aber noch nicht festgelegt. Die Position beinhaltet das Potential, um die Organisation in die von der Gemeinde gewünschte Richtung zu entwickeln.

Für Paul Schwendener ist die operative Geschäftsleitung der neuen Organisation ein heikler Punkt. Heute bestehen die eigenständigen Organisationen, die operativ separat geführt werden. Das sind zum Teil sehr unterschiedliche Tätigkeiten. Wenn diese in der neuen Organisation in eine operative Führung zusammengeführt werden, ist es eine subtile Angelegenheit, wie weit dann der zuständige CEO in das operative Geschäft der anderen hineingreift. Hier ist mögliches Konfliktpotential vorhanden. Dies muss sehr klar abgegrenzt werden, wer für was zuständig ist.

Lorenz Schmid antwortet, dass das Konstrukt bei den Arosa Bergbahnen genau gleich aufgebaut ist. Momentan kommt der Direktor aus dem Finanzbereich. Dieser steht dem Chef Technik, dem Chef Pistenrettungsdienst und einem Gastro-Chef vor. Das sind alles Leute, die aus unterschiedlichen Fachrichtungen kommen und sich finden müssen. Das müsste bei der neuen Dachorganisation Gesundheitswesen ähnlich sein. Am besten funktioniert es, wenn zwischen den Personen die Chemie schon einmal stimmt. Der CEO muss es schaffen, dass er das Team zusammenbringt und sich das Team nach einer Sitzung auch einmal auf ein Bier trifft. Das müsste organisierbar sein.

5. Informationen des Gemeindevorstands

Yvonne Altmann, Departement «Hochbau, Planung»

Yvonne Altmann informiert über den Stand zum Zweitwohnungsgesetz. Der Gemeindevorstand hat an seiner Sitzung vom 11. März 2018 den überarbeiteten Vorschlag behandelt und ihn zur Vorprüfung an das Amt für Raumentwicklung verabschiedet. Im vergangenen Herbst hat der Gemeindevorstand 17 Parteien zur Vernehmlassung eingeladen. 10 Parteien haben das Gesetz geprüft und wertvolle Inputs eingebracht. Die Vorschläge wurden in Zusammenarbeit mit dem Anwalt lic. iur. Gian Reto Zinsli auf die Umsetzbarkeit geprüft. Ein Punkt betrifft die Verständlichkeit. Aufgrund dessen wurde versucht, das Gesetz einfacher zu verfassen. Ein zweiter wichtiger Punkt betrifft die Lenkungsabgabe bei Einheimischen. Dies hat relativ viel Diskussionsstoff gegeben. Wenn eine junge Familie in einem eigenen bestehenden Haus wohnt und dieses um 30% vergrössern möchte, mussten sie eine Lenkungsabgabe bezahlen. Je nachdem macht dies einen grossen Betrag aus, was vielleicht zu einem Nichtumbau geführt hat. Dies ist nicht im Sinne der Gemeinde. Im Gesetz wurde ein Punkt aufgenommen, dass wenn jemand in Arosa den Wohnsitz begründet und als Einheimischer gilt, die Lenkungsabgabe erst bei einer Handänderung zum Zug kommen wird. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Einheimischer in 20 Jahren seine Wohnung an einen Zweitwohnungsbesitzer verkauft. Der Verkäufer muss dann die Lenkungsabgabe bezahlen. Ob dies durch die Regierung so genehmigt wird, ist nicht bekannt. Es wäre aber eine wertvolle Änderung. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die beiden

Lenkungsabgabebetöpfe. Einer wurde für die gesamte Gemeinde Arosa vorgeschlagen. Es ging der wertvolle Hinweis ein, dass für den Ort Arosa und für die Ortschaften im Tal je ein separater Topf gemacht wird. Wenn jemand zum Beispiel in St. Peter baut, kommt ein anderer Ansatz und ein anderer Topf zum Zug. Damit werden den unterschiedlichen Landpreisen Rechnung getragen. Die Trennung der beiden Töpfe wurde im Gesetz berücksichtigt. Auch für die Ortschaften im Tal gilt die genannte Bestimmung, dass die Lenkungsabgabe erst bei einer Handänderung von einem Einheimischen an einen Zweitwohnungsbesitzer zu bezahlen ist. Ein weiterer Punkt betrifft den Verwendungszweck. Mehrmals wurde erwähnt, dass die Hotellerie herausgenommen werden soll. Die Unterstützung soll nur noch für Erstwohnungen und für touristische Infrastrukturen gelten. In der Vergangenheit gab es gelegentlich Anträge für die Verwendung in der Hotellerie. Es konnte aber nie etwas gemacht werden, da dies praktisch unmöglich ist bezüglich der Frage, welches Hotel will man in welcher Form unterstützen. Im neuen Gesetz wurde nun die Hotellerie gestrichen. Das sind die wesentlichen Punkte, welche das Departement Hochbau, Planung zusammen mit dem Anwalt im Gesetz überarbeitet hat. Es sind nun die Ergebnisse der Vorprüfung durch den Kanton abzuwarten. Wenn diese vorliegen, kommt das Geschäft zur Behandlung zurück an den Gemeindevorstand, welcher allenfalls notwendige Anpassungen vornehmen muss. Anschliessend wird das Gesetz öffentlich aufgelegt und danach kommt das Gesetz dann ins Gemeindeparlament.

Yvonne Altmann informiert über die Kündigung des Bausekretärs Rinaldo Mehli per 31. Mai 2018. Die Kündigung erfolgte aus familiären Gründen. Das ist sehr schade, da Rinaldo Mehli sehr gute Arbeit leistet. Es ist eine anspruchsvolle interessante Arbeit. Wenn Ideen für die Nachfolge bestehen, nimmt der Gemeindegemeinschafter gerne Bewerbungen entgegen.

Yvonne Altmann informiert zum Stand der Totalrevision der Ortsplanung. Am Montag, 23. April 2018, findet eine Sitzung der Planungskommission statt, an welcher auch die Steuerungsgruppe dabei ist. Es ist Zeit, da es seit fast eineinhalb Jahren seitens des Departements Hochbau, Planung, keine Informationen zu diesem Projekt mehr gab. Dies hat diverse Gründe, wie die personellen Veränderungen, sowohl im Departement Hochbau, Planung als auch im Bauamt selber. Ein anderer Grund ist, dass in dieser Zeit viele Aufgaben zusammen mit dem Raumplanungsbüro erledigt wurden. Es wurden viele Sachen zusammengetragen. Am 23. April 2018 ist es nun möglich wieder an die Arbeit zu gehen. Es wurde ein kommunales räumliches Leitbild gemäss Auflage des Kantons erstellt. Das Leitbild wurde aufgrund der Arbeit der Planungs- und Steuerungskommission und aufgrund der Bevölkerungskonferenz erstellt. Es enthält Eckdaten aus der Masterplanung. Ein Teil ist auch aus der Region Plessur entstanden, welche ebenfalls einen Entwurf für ein Leitbild erstellt hat. Im räumlichen Leitbild hat es fünf Obertitel, zu welchen verschiedene Leitsätze formuliert wurden. Diese sind relativ frei formuliert. Es ist wichtig, dass Richtlinien vorhanden sind, damit die Ortsplanung auf Papier gebracht werden kann. Es hat sehr viele Eckdaten, für welche Entscheidungen getroffen werden müssen. Im Leitbild sind folgende fünf Themen aufgeführt, zu denen Leitsätze formuliert sind:

- Siedlungsentwicklung Wohnen
- Siedlungsentwicklung Gewerbe
- Tourismus / Freizeit / Erholung

- Erschliessung / Ver- und Entsorgung
- Natur / Landschaft / Ortsbild

Zu diesen fünf Themen sind Fragen zu klären, in welche Richtung sich die Gemeinde entwickeln will. Die dafür formulierten Leitsätze zu den fünf Themen werden am 23. April 2018 mit der Steuerungs- und Planungskommission genauer angeschaut. Es besteht dabei die Möglichkeit Anpassungen vorzunehmen und Inputs einzubringen. Es gibt eine Vernehmlassung über die Leitsätze.

Der Gemeindevorstand hat die Leitsätze, welche im Departement Hochbau, Planung, zusammen mit der STW AG erarbeitet wurden, bereits im Februar 2018 behandelt und verabschiedet. Seit dem Februar wurden auch gewisse Teilbereiche ausgewertet, welche in den generellen Erschliessungs- und Gestaltungsplan eingeflossen sind. Das sind grosse Dossiers, welche nun von der Planungskommission genau angeschaut werden müssen. Wichtig ist, dass wenn es um die Baulinien in den Dörfern und Arosa geht, die Wissensträger ihre Kenntnisse bezüglich den Eigenheiten in den einzelnen Ortschaften einfliessen lassen. Es ist nun an der Zeit, dass dies breit abgestützt angeschaut werden kann.

Am Freitag, 06. Juli 2018, findet eine Informationsveranstaltung am Abend in St. Peter statt. Dort haben Gäste und Einheimische die Möglichkeit, sich über den Stand der Totalrevision Ortsplanung vertieft informieren zu lassen.

Das ganze Paket, zu welchem die Planungskommission miteinbezogen wird, wird anschliessend zur Vorprüfung an die Regierung weitergeleitet. Nach dieser Vorprüfung wird es eine öffentliche Auflage geben. Dabei hat jedermann die Möglichkeit nochmals Stellung zu nehmen. Das Paket, welches in die Vorprüfung geht ist noch nicht definitiv.

Es gibt auch noch das heikle Thema «Bauzonendimensionierung». Das Thema Richtplan war erst vor kurzem wieder in den Medien. Für die Gemeinde Arosa bedeutet dies Folgendes: Die Gemeinde hat leider kein Bevölkerungszuwachs. In den letzten Jahren gab es einen Bevölkerungsrückgang. Die Gemeinde Arosa ist damit betroffen von der Baulandauszonungen. Dies ist etwas Unangenehmes, da die Gemeinde Arosa dazu gezwungen wird. Wenn die Gemeinde Arosa dies nicht macht, wird es irgendwann einen Planungsstopp geben und es können keine Teilrevisionen mehr gemacht werden. Der Kanton ist diesbezüglich relativ hart. Momentan besteht für die Gemeinde Arosa gemäss Richtplan die Auflage 21 Hektare auszuzonen, was sehr viel ist. Im Gemeindevorstand wurde beschlossen zu versuchen, dass nur 10 Hektare ausgezont werden müssen, was sehr schwierig werden wird. Dafür braucht es sehr gute Argumente. Die Fachplaner der STW AG haben anhand von klaren Kriterien zu prüfen, wo die 10 Hektaren Bauzone ausgezont werden können. Es gibt Baulandparzellen, welche sich in einem steilen Gelände befinden und nicht überbaut sind und solche, welche Restflächen sind. Andere Baulandparzellen sind so unattraktiv, dass sie nicht bebaut werden können. Weiter gibt es Baulandparzellen, welche nicht erschlossen sind. Die Arbeiten dazu sind im Gange. Es bestehen aber auch Pläne zu prüfen, wo Entwicklungsmöglichkeiten bestehen und wo allenfalls die Möglichkeit besteht, sogar Parzellen einzuzonen. Für Yvonne Altmann ist klar, dass die Gemeinde gewisse Flächen für die nächste Generation braucht. Die Gemeinde muss sich entsprechend dafür einsetzen.

Alessandro Minnella erkundigt sich nach dem Total an Baulandparzellen, welche die Gemeinde Arosa hat.

Yvonne Altmann antwortet, dass die Gemeinde 110 Hektaren an Baulandparzellen hat.

Nachträgliche Präzisierung von Yvonne Altmann an der Parlamentssitzung vom 27. Juni 2018 im Rahmen der Protokollgenehmigung: "Die Gemeinde hat gesamthaft 105 Hektaren Bauland, welche bereits überbaut sind und 21 Hektaren Bauland, welche nicht überbaut sind".

Christoph Junker sagt, dass das ausgezonte Land an Wert verliert. Er fragt, wie die Situation mit den betroffenen Grundeigentümern angegangen wird.

Gemäss Yvonne Altmann wird es einen «Mehrwerttopf» geben, welcher vom Kanton gespiesen wird. Wie hoch die Entschädigung ausfallen wird, ist noch nicht bekannt. Es ist nicht davon auszugehen, dass es sich um den Wert des Kapitals handeln wird, welches ein Grundeigentümer für das Bauland lösen könnte.

Andrea Hagmann fragt nach dem zeitlichen Rahmen bezüglich des Baulands.

Yvonne Altmann antwortet, dass man im Sommer/Herbst 2018 in die Vorprüfung gehen will. Dabei müssen die 10 Hektaren betitelt werden. Dann geht es zuerst an die Regierung zur Vorprüfung, danach in die öffentliche Auflage. Erst im Rahmen der öffentlichen Auflage ist dann ersichtlich, welche Parzelle von der Auszonung betroffen ist.

Paul Schwendener ergänzt, dass dies zu Gerichtsverfahren führen kann. Gemäss Yvonne Altmann wird es auch dazu kommen. Arosa steht nicht alleine da, sondern es ist schweizweit so. Darüber wurde seinerzeit im Rahmen des «verdichteten Bauens» abgestimmt.

Markus Lüscher fragt zu den Leitsätzen, ob diese beschlossene Sache sind, oder ob über diese an der Sitzung vom 23. April 2018 diskutiert werden können.

Yvonne Altmann antwortet, dass der Gemeindevorstand diese Leitsätze gutgeheissen hat. Sie sind aber keine beschlossene Sache. Deshalb werden sie auch in die Planungskommission eingebracht und behandelt. Aufgrund dessen kann die Planungskommission schriftlich Stellung nehmen und Antrag zu den Leitsätzen stellen. Bei den Leitsätzen handelt es sich um Vorschläge. Der Gemeindevorstand erwartet von der Planungskommission eine Stellungnahme dazu.

Peter Bircher, Departement «Tiefbau, Werke, Forst, Landwirtschaft»

Peter Bircher informiert zu den beiden Meliorationsprojekten Castiel und Langwies. Es handelt sich um zwei getrennte, eigenständige Meliorationsprojekte. Am 10. März 2018 fand eine Informationsveranstaltung für die Grundeigentümer inklusive Öffentlichkeit in Arosa für die Melioration Langwies statt. Am 17. März 2018 fand eine Informationsveranstaltung in Castiel für die Melioration Castiel statt. Die Informationsveranstaltungen sind gut angekommen. Es sind dabei einige Hinweise eingegangen, welche in den Studien verarbeitet werden. Danach geht es in eine Vorvernehmlassung ans Amt für Landwirtschaft und Geoinformation. Nach entsprechendem Bericht des Kantons werden die Studien der Gemeinde abgegeben. Vorgesehen ist, dass im Jahr 2019 eine Urnenabstimmung zu diesen Projekten erfolgen wird. Es handelt sich dabei um eine sogenannte Grundsatzabstimmung, mit welcher beschlossen wird, ob der Melioration Castiel und der Melioration Langwies zugestimmt wird oder nicht.

Bruno Preisig, Departement «Soziales, Energie», vertreten durch Yvonne Altmann

Yvonne Altmann beantwortet stellvertretend für Bruno Preisig die im Vorfeld zur heutigen Sitzung schriftlich eingereichten Frage von Alessandro Minnella sowie die von Markus Lüscher anlässlich der Parlamentsitzung vom 11. Januar 2018 gestellten Fragen zum Schulhausprojekt:

Alessandro Minnella:

«Beim Projekt Schulhaus wäre ich froh, wenn wir regelmässig an den nächsten Sitzungen über die Kostenkontrolle bzw. über allfällige Überschreitungen informiert würden, sofern dies nicht sowieso bereits geplant ist.»

Markus Lüscher:

Betrifft: Schulhausneubau

Wie weit ist die Projektentwicklung vorangeschritten? Besteht ein Kostenmanagement das zur Verhinderung von Kostenüberschreitungen beitragen soll oder ist etwas Vergleichbares vorgesehen?

In einer interessanten Filmdokumentation im Fernsehen über Auswirkungen vom Raumklima auf den Lernerfolg von Schülern kamen die Autoren zum Schluss, dass die Raumbelüftung eine zentrale Rolle spielt.

Meine Frage lautet deshalb: Wird diesem Umstand beim neuen Schulhaus Rechnung getragen?»

Yvonne Altmann informiert zur Projektentwicklung des Schulhausneubaus, dass am 09. April 2018 die Schadstoffsanierung begonnen hat. Diese ist bereits schon abgeschlossen. Ende April beginnt die Firma Brunold AG, Arosa, mit dem Abbruch des Gebäudes. Die Baumeisterarbeiten konnten ebenfalls der einheimischen Firma Brunold AG vergeben werden. Ziel ist es, dass bis Ende November 2018 der Rohbau erstellt ist. Das Ziel ist aufgrund der Arbeitsvergaben realistisch. Im Frühling 2019 beginnt der Innenausbau und im Dezember 2019 ist das neue Schulhaus bezugsbereit. Das Projekt ist aktuell auf gutem Wege. Praktisch alles konnte an einheimische Firmen vergeben werden, bis auf die Vergabe der Elektroinstallationsarbeiten.

Die Frage zum Kostenmanagement beantwortet Yvonne Altmann wie folgt: Das Kostenmanagement wird betreut durch den Bauherrenvertreter Marcel Brodtbeck von der Firma BBS Ingenieure AG. Er hat die Kostenzusammenstellung an Yvonne Altmann übergeben. Der Kredit wurde über CHF 7.2 Mio. durch die Urnengemeinde gesprochen. Inbegriffen sind die Reserven von CHF 200'000.-. Bis heute sind Arbeiten im Umfang von rund CHF 3.5 Mio. vergeben. Bei diesen Vergaben haben sich gegenüber dem KV Reserven von rund CHF 140'000.- gebildet. Aktuell ist man auf gutem Wege. Bei einigen Vergaben ergaben sich aber auch Mehrkosten und bei anderen Minderkosten, was zu den genannten Reserven von heute CHF 140'000.- führte. Rund CHF 3.3 Mio. sind noch zu vergeben.

Für Alessandro Minnella ist die Frage beantwortet. Es ist wichtig, dass das Parlament an jeder Sitzung zum Stand der Kosten informiert wird, so wie es jetzt gemacht wurde. Das Parlament ist auf dem Laufenden zu halten, sollten die Reserven aufgebraucht werden oder wenn allfällige Kostenüberschreitungen vorliegen sollten. Man hat auch noch die +/- 10% Kostengenauigkeit gemäss KV. Aber es ist zu vermeiden, dass man in die gleiche Problematik wie bei der Eishalle hineingerät.

Yvonne Altmann beantwortet weiter die Frage von Markus Lütcher zur Lüftung des Schulhauses. Die Baukommission hat in der Ausschreibung verlangt, dass es eine gesamtheitliche Steuerung gibt für die Gebäudetechnik für Luft, Heizung, Licht und Beschattung. Die Anlage wird den Minergie-Standard-Wert erfüllen. Das ist sehr wirtschaftlich und soll tiefe Nebenkosten zur Folge haben. Betreffend des Lernklimas muss die Anlage gut eingestellt werden. Ist dies der Fall, ist das Raumklima so gut, dass eine angenehme Raumfeuchtigkeit gegeben ist. Schüler und Lehrpersonen sollten dadurch weniger krank werden. Sie sollten sich auch besser konzentrieren können. Es besteht damit ein gutes Lernklima. Der Hauswart und die Techniker müssen die Anlage entsprechend gut einstellen, damit das erreicht wird. Die Fenster werden nun aber trotzdem mit Griffen ausgerüstet. Wenn der Bedarf besteht oder es Frischluft braucht, kann eine Stosslüftung vorgenommen werden.

Für Markus Lütcher ist die Frage beantwortet. Insbesondere der letzte Satz war für ihn noch wichtig zu hören. Es ist wichtig, dass die Lüftung manuell beeinflusst werden kann und die Sauerstoffzufuhr für die Schüler ausreichend gewährleistet wird.

Markus Lütcher macht folgenden Vorschlag zum Kostenmanagement. Am Anfang eines Projektes sehen die Zahlen immer gut aus. Es kann sein, dass der Verlauf des Projektes Schwierigkeiten macht. Wenn das passiert, hat dies Auswirkungen auf die ganze Bauphase hindurch. Er fragt, ob das ganze Projekt nicht in Bauphasen unterteilt werden kann. Die einzelnen Bauphasen sollen abgeschlossen und dem Parlament präsentiert werden. Damit hätte man das Projekt Abschnitt um Abschnitt im Griff. Wenn eine Bauphase abgeschlossen und diese gut herausgekommen ist, dann ist es OK. Dann kann es auch nicht geschehen, dass Probleme in die nächste Bauphase hineingezogen werden. Dies ist als Vorschlag von Markus Lütcher an den Gemeindevorstand zu verstehen.

Yvonne Altmann nimmt den Vorschlag von Markus Lütcher entgegen.

Michael Meier fragt nach dem Grund, warum die Photovoltaik-Anlage aus dem Projekt herausgenommen wurde.

Yvonne Altmann antwortet, dass dies eine schwierige Entscheidung war. Als Gemeinde sollte sie diesbezüglich mit gutem Beispiel vorangehen. Gemäss Auskunft der Fachleute ist die Situation mit dem Dach in Arosa nicht ideal, da es nicht wirklich effizient ist. Der Strom wird in Zeiten produziert, wo das EW genug Strom hat. In den Zeiten wo der Strom benötigt wird, hat es Schnee auf dem Dach und der Strom kann nicht produziert werden. Es ist nicht das ideale Projekt für ein solches Vorhaben. Das Kostenmanagement ist schlank. Mit der Lehenbrücke an der Poststrasse hat die Gemeinde die Möglichkeit, dass dort Solarpanel montiert werden könnten. Dort kommt kein Schnee auf die Solarpanel zu liegen und die Effizienz bezüglich Stromproduktion ist besser. Das war der Hauptentscheid, warum sich der Gemeindevorstand zur Photovoltaik-Anlage auf dem Schulhausdach distanziert hat. Die Kosten von rund CHF 150'000.-, welche nicht in den Projektkosten von CHF 7.2 Mio. vorgesehen waren, wären bereits zu Lasten der Reserven gegangen.

Lorenzo Schmid, Departement «Verwaltung, Finanzen»

Lorenzo Schmid orientiert über das Vorhaben "Arosa 2020". Im vergangenen November wurde das Projekt anlässlich einer Infoveranstaltung vorgestellt. Dabei wurde aufgezeigt, dass es um drei Pakete geht:

Das erste Paket beinhaltet die "Erlebnisinszenierung Obersee". Das war schon vor 10 Jahren einmal beim damaligen Gemeindevorstand ein Thema. Das Thema wurde neu aufgegriffen mit der ins Leben gerufenen Gruppe "Team Obersee". Dieses Team setzt sich zusammen aus folgenden Personen: Kurt Zollinger, Ruth Moro, Christa Schauer, Pascal Jenny, Roland Schuler, Lorenzo Schmid und als Protokollführerin Bianca Müller. Folgende Teilprojekte wurden im genannten Team behandelt:

- Bootshaus Quadrin
- Arosa Challenge
- Barfuss-Pfad
- Photo-Point und Wegweiserrahmen

Der Weg um den See soll so angelegt werden, dass man praktisch für den ganzen Weg unten am Weg ist und nicht mehr oben auf dem Trottoir. Das hat den Vorteil, dass sich auf der Strasse, welche mit Tempo 30 befahren wird, die Fahrzeuge besser kreuzen könnten. Die Kosten für die Vorbereitung des "Tour de Lac" kostet CHF 30'000.-. Die Kosten für das Projekt betragen CHF 500'000.-, welche dem Gemeindevorstand vorgeschlagen wurden. Der Gemeindevorstand hat dem im Grundsatz zugestimmt. Für die einzelnen Projekte müssen Offerten eingeholt werden und die Teilprojekte werden nur einzeln freigegeben. Die Kosten für die Erlebnisinszenierung will der Gemeindevorstand gesamthaft aus dem Lenkungsabgabepf für touristische Infrastrukturen finanzieren und nicht die Gemeindekasse und damit die anderen Ortschaften belasten. Damit wird zum ersten Mal auch im Sommer etwas aus diesem Topf unterstützt.

Das zweite Paket betrifft die "Fussgängerzone Bahnhofplatz". Im Winter herrscht reger Betrieb und es ist sicher kein optimaler Umschlagplatz für die ankommenden Leute. Die Passerelle (Fussgängerüberquerung) beim Bahnhofplatz wurde damals im Zusammenhang mit den Investitionen der Rhätischen Bahn gebaut. Die RhB hat im Jahr 2014 zum Jubiläum "100 Jahre Chur-Arosa-Bahn" CHF 24 Mio. in die Erneuerung des Bahnhofs investiert, wozu auch die Passerelle gehört. Diese hat einiges verändert. Früher fuhren Taxis, Hotelbusse und Privatfahrzeuge zum Standort der heutigen Passerelle, wo der Personen- und Güterumschlag optimal erfolgte. Das ist heute nicht mehr möglich. Dort besteht heute ein wenig ein Provisorium. Links davon hat es einige Taxitafeln, wo sich die Taxifahrzeuge auch aufhalten. Die Hotelbusse fahren irgendwo hin. Es ist sicher zu einer schlechteren Situation im ganzen Ablauf geworden. Der Gemeindevorstand hat es sich zur Aufgabe gemacht, etwas an diesem Standort zu unternehmen, wenn schon die RhB soviel Geld investiert hat. Bevor das Team Obersee ins Leben gerufen wurde, hat die Gemeinde Kontakt zur zuständigen Stelle Verkehr beim Kanton aufgenommen. Der Kanton hat angeregt eine Fussgängerzone ins Leben zu rufen. Der Gemeinde schwebte vor, eine Beruhigung in diesem Bereich mittels Schaffung einer Begegnungszone zu erreichen. Damit kann der Bahnhof immer noch mit sämtlichen Fahrzeugen mit einem Tempolimit von 20 kmh und nicht mehr mit 50 kmh befahren werden. Der Kanton hat mit der Begegnungszone in Chur beim Alexanderplatz offenbar nicht so gute Erfahrungen gemacht. Die Autofahrer musste auf alle Fussgänger acht nehmen, die kreuz und quer über die Begegnungszone gelaufen sind. Da dies nicht gut

angelaufen ist, wurde eine Tempo 30 Zone und eine Fussgängerzone eingeführt. Da der Kanton immer darauf gedrängt hat, eine Fussgängerzone zu machen, wurde hinten um den Obersee ein Gegenverkehr mit Tempo 30 eingeführt. Das Team Obersee ist dann auf diesen Zug aufgesprungen und vertrat die Ansicht, dass die Fussgängerzone effektiv umgesetzt werden soll. Die neue Fussgängerzone beginnt ab dem Geschäft "Denner" und geht bis zum Ende des Güterschuppens, in welchem neu ein Restaurant betrieben wird. Beim Standort des ehemaligen Posthotels ist anzumerken, dass keines der bislang eingebrachten Projekte für das neue Hotel Parkplätze mehr vorsieht. Vorne beim Oberseeplatz wird ein Halteverbot eingerichtet. In den letzten Veranstaltungen, wie bspw. am Leistungsträgertreffen führte dies jedoch zu Diskussionen. Das Parkplatzproblem besteht und könnte diesen Sommer noch akuter werden, da das Postgebäude momentan auch umgebaut wird. Die Gemeinde ist diesbezüglich sensibilisiert.

Die neue Logistikzone sieht vor, dass hinten beim Güterschuppen eine Überdachung erstellt werden soll, die bis zur "Kiss & Ride Zone (K+R)" reicht. Die Meinung ist, dass Privatfahrzeuge dorthin fahren und ihre Leute abholen können. Dafür werden einige Plätze geschaffen. In unmittelbarer Nähe wird ein kleiner Kreisel erstellt, wo Hotelbusse und Taxi hinfahren können und ihre Leute bei einem Unterstand abholen können. Das Ganze wird eng abgesprochen mit der RhB. Die Züge müssen in Zukunft noch mehr bis ganz nach hinten geführt werden. In Zukunft ist die Idee, dass bereits am Bahnhof Chur das Ganze soweit gelenkt wird, dass die Skifahrer zuhinterst im Zug Platz nehmen, damit diese gleich bei der Passerelle aussteigen können. Passagiere, welche mit Gepäck ankommen sollen weiter vorne im Zug bei der Lokomotive Platz nehmen, damit sie in Arosa näher bei ihren Fahrzeugen ankommen, welche sie abholen. Die Signaletik für die RhB-Passagiere muss gut dargestellt werden, damit es für sie sofort verständlich ist, wo sie in Arosa aussteigen müssen.

Der Arosener Bus wird nicht mehr am Bahnhof vorbeifahren. Die Idee ist, dass der Bus gar nicht mehr um den Obersee fährt, da das Surlej als Altersheim nicht mehr besteht. Es gibt andere Orte, wo der Bedarf und Wunsch, dass der Bus dorthin fährt, grösser wäre. Aus finanziellen Gründen liegt dies jedoch nicht auch noch drin. Der Bus fährt nur noch am Obersee beim Jelen entlang und wird bei der heutigen Station Weisshornbahn nach wie vor halten. Damit könnte im Bereich Bus etwas gespart werden, was jedoch nicht im Vordergrund steht.

Die Massnahmen für die Gestaltung der Fussgängerzone Bahnhofplatz gehen dahin, dass mittels Sitzgelegenheiten, Pflanzelementen und Bodenbilder ein Begegnungsplatz geschaffen wird. Weiter ist die Idee eine "Arosa-Welle" am Standort des "wilden Männli" zu montieren. Es handelt sich dabei um eine Holzkonstruktion.

Die Kosten für die Massnahmen der Fussgängerzone Bahnhofplatz können nicht aus dem Lenkungsabgabepf finanziert werden, da diese den Bereich Verkehr betreffen. Die Kosten dafür betragen rund CHF 235'000.-, wofür der Gemeindevorstand einen Nachtragskredit gesprochen hat. Die Arosa-Welle ist hingegen ein touristisches Produkt. Diese Kosten von CHF 72'000.- können aus dem Lenkungsabgabepf finanziert werden.

Das dritte Paket umfasst die Dorfzone der Ortschaft Arosa. Vorgesehen ist, dass man den Bereich vom Oberseeplatz bis zum Seebodenplatz verkehrsfrei macht. Weiter soll der Bereich vom Oberseeplatz entlang der Poststrasse bis zum bisherigen Coop/altes Tourismusbüro verkehrsfrei gestaltet werden. Hier laufen die Diskussionen und die

Bevölkerung wird hier noch im Rahmen einer Bevölkerungskonferenz miteinbezogen werden. Das ist noch nicht definitiv, ob dieser Bereich komplett verkehrsfrei wird oder ob es noch andere Varianten gibt um das abzumildern. Die Idee dahinter ist, dem "Ladensterben", wie dies auch in anderen Tourismusorten vorkommt, Gegensteuer zu geben. Es sind nicht alle überzeugt, ob dies wirksam wäre und dass dies sogar kontraproduktiv wäre.

Diskussion

Daniel Ackermann dankt für die Ausführungen. Er ist Befürworter der Grundidee. Ihn hat die Anspielung von Lorenzo Schmid auf die Skifahrer überrascht. Auch bei den abgehaltenen Sitzungen wurden immer wieder Skifahrer erwähnt. Daniel Ackermann ist der Meinung, dass es sich um einen Testversuch für die Dauer von zwei Monaten handelt. Er fragt, ob er mit dieser Aussage falsch liegt.

Lorenzo Schmid bestätigt, dass die Testphase vom 15. Juli 2018 bis 15. September 2018 dauert. Während des Sommers ist dies eine viel mildere Variante. Für den Winter ist man noch in den Diskussionen, wie es umgesetzt werden soll. Lorenzo Schmid wollte damit nur andeuten, dass die RhB die Signalisation bereits in Chur so gestaltet, dass die entsprechenden Reisegruppen im Zug dahin gelenkt werden, wo sie in Arosa an der für sie geeignetsten Stelle aussteigen können. Im Sommer sind dies natürlich keine Skifahrer, aber bspw. Tagesausflügler, die den Arosener Bus benutzen wollen. Diese werden dann zuhinterst im Zug Platz nehmen, damit sie am nächsten bei der Bushaltestelle sind. Die Einheimischen wissen bereits, wo sie im Zug am besten Platz nehmen.

Gemäss Daniel Ackermann ist es sehr wichtig, dass der Gemeindevorstand kommuniziert, dass es sich um eine zweimonatige Testphase handelt. Nach dieser Testphase sind die Vor- und Nachteile abzuwägen. Für den Winter sieht er keine Chance, so etwas durchzuziehen. Im Sommer ist es eine tolle Sache. Es ist mutig, dass dort etwas versucht wird, auch zu Gunsten für die Betriebe um den Obersee. Den ankommenden Gästen wird etwas angeboten, dass Arosa-gerecht ist. Die Fussgängerzone beim Bahnhof ist zudem ein elementares Teil um den ganzen Obersee zu inszenieren. Die Vor- und Nachteile nach der Testphase sind ehrlich abzuwägen. Dann kann entschieden werden, ob dies im nächsten Sommer wieder durchgezogen werden kann und nicht, dass man es über den Winter durchzieht. Den Ortsbus wird man nicht mehr am Bahnhof haben. Es ist nicht für alle Leute einfach bis zur nächsten Haltestelle zu laufen. Für die Hotelbusse und die Taxis dürfte das Vorhaben keine grösseren Probleme darstellen, aufgrund des heute schon bestehenden Weges vom Bahnhof vom vorderen Bereich des Zuges bis zu den Taxi-Parkplätzen.

Ruth Moro ist bei den Befürwortern des Vorhabens. Es handelt sich um ein touristisches Projekt um dem Gast die schöne Seite von Arosa zu zeigen. Der See soll besser hervorgehoben werden. Nur etwas um den See herum zu machen reicht nicht aus. Daher wurde die Fussgängerzone mit hineingenommen. Es wurden viele Überlegungen gemacht und es kann nicht für jedermann stimmen. Es ist eine Veränderung. Das Vorhaben verdient in der Testphase die Bereitschaft der Arosener um es auszuprobieren. Wichtig ist die Diskussion, den Sommer und Winter zu trennen. Für den Sommer ist das Vorhaben etwas, das Arosa hervorhebt. Am Berg wurde viel gearbeitet, jetzt darf man auch unten im Dorf etwas machen. Es sind einige Jahre vergangen, in denen man grosse touristische Objekte nicht mehr realisiert hat. Was

passiert ist, ist eine Vermischung der Fussgängerzone am Bahnhofplatz mit der Dorfkernschaffung. Das muss klar getrennt werden. Diese ist noch nicht soweit und die Bevölkerung muss dabei eingebunden werden. Im Tourismus bewegt sich so viel und alle wollen sich auf eine Art hervorheben. Es ist an der Zeit, mit dem was man schon hat etwas zu machen. Man hat darauf geachtet, die Kosten gering zu halten und trotzdem etwas Gutes zu bieten.

Ludwig Waidacher sagt, dass man schon einmal solche Informationen am Leistungsträgertreffen und am Gewerbe- Apéro bekommen hat. Ludwig Waidacher gliedert seine Ausführungen in zwei Themen. Zum einen passt ihm das Vorgehen nicht. Er fragt sich, wann und wie das Parlament und die Bevölkerung darüber informiert wurden. Dies wurde nicht gut gelöst. Ludwig Waidacher hat darüber zum ersten Mal am Handel- und Gewerbe- Apéro gehört. Es gab einfach ein Traktandum Poststrasse. Er ist erschrocken über die Stimmung an diesem Anlass. Die Information war auch nicht gut vorbereitet. Es hat eine sehr schlechte Stimmung gegeben. Er fragte sich, warum es so etwas geben kann. Der Ansatz wäre gut und Ludwig Waidacher bedankt sich bei der Arbeitsgruppe für deren Arbeit. Jetzt würde ein gutes Projekt vorliegen, das perfekt ist. Man muss solche Gedanken machen. Die Frage ist, warum es jetzt so einen Missmut in der Bevölkerung gegeben hat. Wenn heute eine Abstimmung darüber in Arosa stattfinden würde, würden 80% dagegen stimmen. Es liegt am Vorgehen. Die Budgetversammlung war im November 2017. Dort wurde ein Betrag von CHF 50'000.- für die Planung aufgenommen. Im Finanzplan sind dann noch zwei grössere Beträge vorgesehen. Daraus kann man erkennen, dass etwas kommen wird. Die nächste Parlamentssitzung fand im Januar 2018 statt. In der Fragestunde wurde etwas zu den Bushaltestellen gefragt und dass einmal etwas kommen könnte und dass Bushaltestellen aufgehoben werden. Es war immer noch auf der Stufe Planungsphase. Irgendwann wurde das Ganze dringend. Es gab einen Zeitungsbericht, in dem zu lesen war, dass der Gemeindevorstand einen Beschluss gefasst und einen Nachtragskredit gesprochen hat. Für Ludwig Waidacher stellt sich die Frage warum das Ganze plötzlich so dringend geworden ist. Jetzt wurde der Obersee besprochen. Es wird von niemandem bestritten, dass rund um den See ein Weg gemacht wird, das wäre perfekt. Auf einmal kommt das Vorhaben am Bahnhofplatz. Wenn man so etwas angeht, muss man die Anstösser und Geschäfte miteinbeziehen. Wenn jemand das ganze Jahr über ums Überleben kämpft und dann etwas gerüchtheilber hört, dann ist es klar, dass dieser gereizt ist und überreagiert. Es ist ein Fehler, dass dieser Zwischenschritt nicht gemacht wurde. Es kann nicht sein, dass man etwas Gutes machen will und alle haben gute Absichten und am Ende ist das ganze Dorf dagegen. Ludwig Waidacher findet das einfach schade. Weiter kann Ludwig Waidacher beim besten Willen nicht nachvollziehen, warum man den Bus nicht mehr vor den Bahnhof bringen will. Dies unabhängig davon, ob das im Winter oder im Sommer ist. Er hat noch keine Begründung gehört, warum das Normal ist. Es fand auch eine Vorstellung der GLP statt. Es gibt vom Bund eine Energiestrategie 2050. Es sollen möglichst viele Leute für die Bahn gewonnen werden. Die Tatsache, dass der Gast immer bequemer wird, ist im Tourismus bekannt. Man muss wirklich schauen, dass der Gast nicht einen Meter laufen muss. Am Schluss ist Arosa statt verkehrsfrei gästefrei. Es sind einige Punkte, die ineinander hineinspielen. Die Information wurde schlecht gemacht und es wurden weitere Fehler begangen. Die Frage ist, wie weiter damit umgegangen wird. Es ist bekannt, dass eine Petition läuft, welche darauf abzielt, dass man den Versuch gar nicht machen will. Am Leistungsträgertreffen kam die Aussage, dass

schon fast alles bestellt wurde. Das Ziel wäre, dass eine schöne Lösung gefunden werden kann. Es ist auch wichtig, dass man die Projekte auch weiterverfolgen kann. Das grosse Projekt kommt erst noch. Im Moment ist man in einer Patt-Situation. Wenn die Informationen, welche jetzt gebracht wurden, früher bekannt gewesen wären, hätte man mehr Rückhalt für das Vorhaben gehabt. Die gegebenen Informationen enthalten Lösungsansätze. Das Glück des Vorstandes ist es, dass er das Vorhaben beschliessen kann und nicht darüber abgestimmt werden muss. Weiter spricht man immer vom Öffentlichkeitsprinzip und dass sich der Bürger nicht ernst genommen fühlt, weil er nicht alle Informationen hat. Man will etwas aber man hat gar nichts dazu zu sagen und man muss nur folgen. An der Vorstellung der GLP wurde Ludwig Waidacher aufgefordert als Parlamentarier auch etwas zu sagen. Aber wenn man keine Kenntnis über etwas hat, kann man auch nichts dazu sagen. Daraus muss gelernt werden. Man ist immer noch herausgefordert. Der letzte Winter lief etwas besser. Aber man muss etwas machen und der Ansatz ist richtig. Die öffentliche Hand kann keine Ladenmiete bezahlen oder Steuererleichterungen machen. Sie muss unterstützen mittels Investitionen. Die erste Frage von Ludwig Waidacher ist, ab wann das Vorhaben dringend wurde und was dies ausgelöst hat. Weiter fragt er nach dem Grund, warum genau auf diesen Sommer der Testversuch gemacht werden muss. Budgetiert war es nicht, da ein Nachtragskredit gesprochen wurde. Die zweite Frage ist, warum der Projektgruppe der Bus nicht wichtig ist und dieser nicht vor den Bahnhof gebracht wird.

Lorenzo Schmid antwortet, dass die Kommunikation nicht gut war. Er fragte sich nach der Leistungsträgersitzung, ob im Parlament überhaupt einmal richtig informiert wurde. Das war bis jetzt nicht der Fall. Es gab eine Bevölkerungskonferenz im November, wo mehr oder weniger alles bereits vorhanden war. Dort war bekannt, dass es eine Inszenierung Obersee gibt, man konnte sehen, dass eine Fussgängerzone vorgesehen ist und all die Fahrzeuge dort nicht mehr durchfahren können. Die Projektgruppe hat anschliessend daran weitergearbeitet. Bezüglich Beschleunigung des Projektes ist es so, dass die Gruppe Obersee vorwärts machen wollte und gehofft hatte, dass der Gemeindevorstand das Projekt nicht bremst. Wenn der Gemeindevorstand das Projekt auf den Sommer 2019 vorgesehen hätte, wäre der Vorwurf gekommen, dass man mit dem Gemeindevorstand nicht vorwärtskommt. Irgendwann musste man mit dem Szenario kommen. Ob dies im 2018 oder 2019 der Fall sein wird, spielt keine Rolle, es ändert sich nicht viel. Es wird einfach einmal die Situation kommen, wo die Erfahrung gesammelt werden muss. Deshalb wurde entschieden, vorwärts zu machen. Der Gemeindevorstand muss besorgt sein, dass er die Finanzen im Griff hat, und die Projektgruppe mit jedem einzelnen Teilprojekt an den Gemeindevorstand gelangen muss, um diese absegnen zu lassen. Die Kommunikation hätte besser und längerfristig erfolgen sollen. Diejenigen die dagegen sind, wären auch nächstes Jahr dagegen gewesen. Die Situation mit dem Bus muss angeschaut werden. Für den Winter ist klar, dass der Bus weiterhin irgendwie zum Bahnhof hinkommt. Im Sommer ist das Bedürfnis weniger gross, da es keine Skifahrer hat, die zur Bahn gelangen wollen. Diese Diskussion muss noch geführt werden.

Ludwig Waidacher fragt nach, ob der Bus nicht mehr so wichtig ist und er nur noch gebraucht wird, um die Leute etwas im Dorf herumzufahren. Ansonsten hat er keine Funktion mehr um die Leute am Bahnhof abzuholen.

Gemäss Lorenzo Schmid ist das salopp betrachtet. Im Sommer ist die Strecke bis zur Weisshornbahn nicht so weit.

Ruth Moro ergänzt, dass dann keine Fussgängerzone gemacht werden kann. Für Ludwig Waidacher ist das keine Antwort. Es ist die Einstellung der Projektgruppe. Für ihn ist der Bus zu wichtig, als dass man auf ihn verzichten kann. Für ihn macht das Vorhaben bezüglich Bus keinen Sinn.

Ruth Moro sagt bezüglich Information an das Parlament, dass dies an der Januar-Sitzung erfolgen hätte können. Damals ist es aber noch zu früh gewesen. Zwischen damals und der heutigen Sitzung fand keine weitere Parlamentssitzung mehr statt. Bezüglich der Dringlichkeit des Vorhabens sagt Ruth Moro, dass man aufgrund der Strassensanierung nun rund um den See fahren muss. Die Projektgruppe ist der Meinung, dass der Baustopp im Sommer der ideale Zeitpunkt ist, wo man während der zweimonatigen Testphase ab Mitte Juli die Fussgängerzone testen kann. Dann kann man nicht über den Bahnhof fahren und muss die Umfahrung benutzen.

Markus Lüscher ergänzt, dass das Kommunikationsproblem massiv ist. Gewisse Sachen wurden schon einmal besprochen an den Orientierungen. Diese Dinge sind jedoch nicht angekommen. Wenn schon Versuche gemacht werden, dann dürfen diese auch nicht soviel kosten, wie es hier angedacht ist. Es ist viel Geld, nur um etwas auszuprobieren. Es ist die Rede von Kosten bis zu CHF 800'000.-. Was ausgegeben wird, muss auch kommuniziert werden. Wenn immer vom Sparen gesprochen wird, muss man vorsichtig sein in dieser Hinsicht. Die Sache mit dem Bus ist Markus Lüscher ebenfalls noch ein Anliegen. Es muss diskutiert werden was die Qualität und was der Qualitätsverlust ist. Damit darf nicht gespielt werden, was Markus Lüscher auch an der Orientierung gesagt hat. Wenn dort etwas verloren geht, dann hat man definitiv verloren. Das ist das Experiment nicht wert. Gemäss Markus Lüscher gibt es auch «Light-Lösungen». Der Bahnhofplatz soll wegen dem Umschlag so belassen werden wie er ist. Vom Bahnhofsgebäude bis nach hinten soll die Fussgängerzone realisiert werden. So hat man Schritt um Schritt gewonnen. Weiter schlägt er vor, dass im ganzen Projekt die kleinen Projekte angegangen werden sollen und man die Dorfstrasse noch beiseite lässt. Wenn man von der Poststrasse spricht, dann spricht man von allen Strassen. Das braucht ein Konzept und das geht ins Geld. Das ist ein grosser Wurf der gemacht werden muss. Er wäre vorsichtig, das jetzt in Angriff zu nehmen. Leider wird das von den Leuten alles etwas vermischt. Für Markus Lüscher ist klar, dass der Gemeindevorstand die Poststrasse jetzt noch nicht im Sinn gehabt hat und auch nicht prioritär ist. Die Meinung der Leute ist jedoch anders. Sie reden davon, dass die Strasse bis Innerarosa verkehrsfrei geplant ist. Es muss Schritt um Schritt vorangegangen werden. Als Anregung für die Projektgruppe schlägt Markus Lüscher vor, das Projekt 2020+ zu nennen. Die Projektgruppe soll bei der Bearbeitung des Projekts auch weitere Leute, bspw. aus der Gastroszene und dem Handel- und Gewerbe mit einladen, welche das Projekt mitentwickeln. Das ist wichtig, damit diese von Anfang an dabei sind. Das ist ein guter Ansatz. Das wäre eine Entlastung für die Projektgruppe und auch für die Akzeptanz der Projekte wichtig. Um die Akzeptanz und um den Goodwill der Bevölkerung kommt man nicht herum. Die Kommunikation ist dabei gleich miteinbegriffen. Markus Lüscher schlägt vor, auf Feld 1 zurückzugehen, denn es eilt nicht dermassen und es ist ein grosses Ziel. Auch das an der Orientierung vom 10. April 2018 vorgestellte CO2-freie Arosa ist ein grosses Ziel. Es muss Schritt um Schritt angegangen werden. Man wird auch auf Punkte kommen, bei denen man feststellen wird, dass diese nicht realisierbar sind. Man muss behutsam vorgehen, denn es geht schlussendlich auch um das Geld. Gute Ideen sollen unterstützt werden. Die Projektgruppe soll als Projektfläche dienen und nicht als Angriffsfläche. Es wäre

schade, wenn der Elan und die Motivation der Projektgruppe zum Erliegen kommen, wenn zu grosser Widerstand vorhanden ist. Dies ist unter diesem Aspekt nochmals anzuschauen. Dann ist die Unterstützung von allen einschliesslich des Parlaments vorhanden.

Alessandro Minnella sagt, dass die Kommunikation wirklich schlecht erfolgt ist. An Ruth Moro gewandt sagt Alessandro Minnella, dass die Mitglieder des Gemeindeparlaments auch ausserhalb der Parlamentssitzungen erreichbar sind. Eine Email der Projektgruppe an das Parlament wäre eine kurze Sache gewesen um einen Termin zu koordinieren. Das Argument, dass zuviel Zeit zwischen den Parlamentssitzungen liegt, kann nicht gelten gelassen werden. In Zukunft muss eine bessere Kommunikation gewährleistet sein. Auch die Vermischung mit der Dorfstrasse muss der Bevölkerung klar kommuniziert werden. Die Dorfstrasse steht jetzt noch gar nicht zur Debatte. Die Leute haben Angst, es ist eine Unruhe im Dorf. Die Testphase ist definitiv, wie er es an der Leistungsträgersitzung gehört hat. Wenn diese gut verläuft, wird das Vorhaben auch weitergeführt. Er bittet, dies nochmals zu überdenken. Vielleicht sollte auch noch ein zweites Modell getestet werden, dass beim Denner die Kiss and Ride Zone gemacht wird. Was er auch bemängelt ist, dass in der Projektgruppe keine Person zwischen 20 und 30 Jahre alt ist, ausser der Aktuarin. Das ist ein Teil der nächsten Generation von Arosa. Vielleicht sollte auch der eine oder andere Junge und wenn möglich Interessensgruppen in die Projektgruppe miteinbezogen werden.

Lorenzo Schmid nimmt Ruth Moro in Schutz, da er auch zu dieser Gruppe gehört und bezüglich Kommunikation auch fehlerhaft gehandelt hat.

Alessandro Minnella sagt, dass erwartet werden kann, dass die Parlamentskollegen vorzeitig informiert werden müssen. Viele der Parlamentsmitglieder sind ziemlich vor den Kopf gestossen worden. Die Leute fragten, ob das Parlament gar nichts mache. Die Parlamentsmitglieder standen in keinem guten Licht da, was unschön ist. Wenn schon von einem Kommunikationskonzept gesprochen wird, muss dies auch dort einfließen. Es wäre eine kurze Sache gewesen um zu informieren. Die Gemeinde spricht Geld und bestimmt wo es lang geht. Damit kann die Gemeinde der Projektgruppe auch Auflagen machen, die Bevölkerung zu informieren. Das ist ein grosses Anliegen von Alessandro Minnella.

Ruth Moro versteht die Argumentation. Man arbeitet in einer Projektgruppe mit. Es hat klar geheissen, solange man nicht nach aussen gehen kann, wird auch nichts gesagt. Daran hat sie sich gehalten. Für Ruth Moro ist dies eine Erfahrung. Bezüglich den jüngeren Leuten sagt Ruth Moro, dass zu Beginn Nicole Hemmi in der Projektgruppe mit dabei war. Sie ist dann aus beruflichen Gründen ausgestiegen. Jetzt ist Bianca Müller in der Projektgruppe. Es stellte sich auch die Frage, wie gross die Gruppe sein soll und ob man die Leistungsträger mit hineinnimmt. Das war immer eine Diskussion. Man sieht nun, dass es nicht gut abgelaufen ist. Man muss nun das Beste daraus machen. Ende April ist wieder eine Sitzung, an welcher das weitere Vorgehen besprochen wird.

Für Alessandro Minnella ist es wichtig, dass die Erfahrung in zukünftige Projekte mitgenommen wird, und dass man spüren muss, was die Bevölkerung will.

Michael Meier fragt, wie die Projektgruppe jetzt weitermacht. Es besteht grosser Widerstand in der Bevölkerung, eine Petition läuft. Es ist schon wichtig, dass die

Bevölkerung das Projekt auch mitträgt. Das muss das Ziel sein. Gespiessen wird das ganze aus dem Erneuerungsfond.

Lorenzo Schmid sagt, dass man aufpassen muss, wenn das Argument kommt «das Dorf sagt». Im Tourismus hört es sich anders an. Das Dorf sagt genau dann etwas, wenn eine Volksabstimmung stattfindet. Dies hat schon manchmal zu Überraschungen geführt. Aber es muss über die Bücher gegangen und vor allem einzelne Dinge angeschaut werden, die bemängelt wurden. Die Stimmung in der Bevölkerung muss gespürt werden. Auf diesem Wege ist man.

Jürg Sprecher sagt, dass Lorenzo Schmid an der Leistungsträgersitzung informiert hat, dass das Vorhaben im Sommer getestet wird. Danach wird es höchstwahrscheinlich im Winter durchgezogen. Jürg Sprecher sieht grossen Widerstand und dass der nächste Winter am Bahnhof wieder so betrieben werden soll wie es bis anhin der Fall ist.

Gemäss Lorenzo Schmid hat er sich an dieser Sitzung etwas zu stark dafür ausgesprochen. Sommer/Winter war in der Gruppe schon immer ein Thema. Im Sommer soll geschaut werden wie es funktioniert. Es wurde diskutiert, dass man das Vorhaben über den 15. September 2018 hinauszieht. Es wurde aber so verblieben und festgehalten, dass die Testphase vom 15. Juli bis 15. September 2018 dauern soll. Dann erfolgt ein Marschhalt und die Ergebnisse werden ausgewertet.

Tabelle mit Nachtragskrediten

Lorenzo Schmid informiert über den Stand der Nachtragskredite

Finanzkompetenz gemäss Art. 46 Ziff. 7 Abs. a) Verfassung	CHF 1'000'000.-
Betriebsbeitrag Sportbahnen Hochwang	CHF 50'000.-
Erweiterte Sanierung Prätschwaldstrasse	CHF 80'000.-
San. Schutzhütte und Abbruch Betonsockel Strassberg Fürggli	CHF 17'500.-
Sponsoringbeitrag Gigathlon 2018	CHF 10'000.-
Gemeindeleistung Tour de Suisse	CHF 9'120.-
Gabenspende Bündner-Glarner Kantonalschwingfest	CHF 4'300.-
Gestaltung Fussgängerzone Bahnhof Arosa	CHF 233'383.-
Einbau Büro Hochbau (Mehrkosten 21'506.-)	CHF 28'262.-
Noch zur Verfügung stehende Finanzkompetenz	CHF 567'435.-

Was noch nicht gesprochen wurde ist der Beitrag an den Ambulanzstützpunkt Arosa. Seit dem Parlamentsbeschluss, mit welchem CHF 120'000.- pro Jahr für den Ambulanzstützpunkt gesprochen wurde, besteht eine ganzjährige Abdeckung des Rettungsdienstes durch den Ambulanzstützpunkt während 7x24-Stunden für Arosa und Langwies. Trotz dieses Beitrages und trotz des Beitrages vom Kantonsspital ist es der Alpinmedic nicht gelungen, die ganzjährige 7x24-Std. Abdeckung zu finanzieren. Das Gegenteil ist der Fall, da es noch erheblich mehr an finanziellen Mitteln braucht,

um einen solchen ganzjährigen Dienst aufrechterhalten zu können. Beat Mühlethaler war Nahe daran aufzugeben. Das Kantonsspital Chur hat nun den Vertrag mit der Alpinmedic per 30. April 2019 gekündigt. Dabei hat das Kantonsspital der Gemeinde ein Modell vorgeschlagen, mit welchem sie die Abdeckung des Rettungsdienstes durch die Rettung Chur angeboten haben. Dies ist die schlechteste Lösung für Arosa. Dieses Modell hätte vorgesehen, dass im Mai und im November gar keine Ambulanz in Arosa vor Ort ist und die Abdeckung von Arosa und Langwies in diesen zwei Monaten direkt von Chur aus erfolgt. Die Gemeinde hat vor drei Wochen interveniert und es wurde eine Sitzung in Chur einberufen, an welche der Parlamentspräsident Paul Schwendener ebenfalls eingeladen wurde. Weiter dabei waren Lorenzo Schmid, Bruno Preisig, Jan Diener und Beat Mühlethaler. Aufgrund der Situation mit dem Ambulanzstützpunkt kam es in den letzten 10 Tagen zu ziemlichen Diskussionen bei den Ärzten. Nach der Sitzung, an welcher mit Beat Mühlethaler ein neues Paket zusammengestellt wurde, wurde festgehalten, dass das Modell 4/8 realisiert werden soll. An vier Monaten im Winter wird eine 7x24-Stunden Abdeckung gewährleistet. In den restlichen acht Monaten deckt Beat Mühlethaler während 12 Stunden, bspw. von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr, den Rettungsdienst ab. Dies mit einer neuen Gruppe, die nur noch aus ihm, einem Rettungssanitäter und einem Fahrzeug besteht. In der Nacht organisiert Beat Mühlethaler im Sinne eines First Responders die Abdeckung, welche die Ärzte unterstützt. Die Ärzte haben natürlich Angst, dass sie plötzlich am Abend mehr zur Verfügung stehen müssen. Dagegen wehren sie sich. Dieses Modell musste im Kantonsspital mit dem CEO Dr. Arnold Bachmann abgesprochen werden. Er hat telefonisch bestätigt, dass er es begrüsst, wenn die Gemeinde dies umsetzt und vor allem, dass dies mit der neuen Dachorganisation umgesetzt werden soll. Er hat bestätigt, dass das Kantonsspital den ganzen Beitrag an die Gemeinde, resp. an die Dachorganisation ausbezahlen wird, welcher bisher vom Kantonsspital beigesteuert wurde. Die Gemeinde, resp. die Dachorganisation muss dann selber entscheiden, wie sie es für die Rettung einsetzen will. Lorenzo Schmid hat daraufhin Dr. Julia Schürch und Dr. Robert Greuter telefonisch informiert. Sie haben sich bedankt. Ebenfalls kontaktiert Lorenzo Schmid Dr. Verena Meyer um sie zu informieren. Auch sie hat sich dafür bedankt. Trotzdem kam letzte Woche unverständlicherweise ein Schreiben der Ärzte an verschiedene Adressaten, mit welchem sie sich über die Situation beklagt haben. Dies auch, weil sie am liebsten die ganzjährige 7x24-Std. Abdeckung hätten, welche sich die Gemeinde jedoch schlicht nicht leisten kann. Gleichzeitig fühlten sie sich zuwenig einbezogen. Unterdessen hat Lorenzo Schmid ein freundliches Schreiben von Dr. Julia Schürch bekommen. Bei den nächsten Schritten wird sie immer einbezogen werden. Die Situation ist wie folgt: Bis am 15. April 2018 besteht noch die 7x24-Stunden Abdeckung durch den Rettungsdienst. Ab dem 16. April 2018 setzt Beat Mühlethaler das Modell 4/8 um. Dies sollte auch zur Zufriedenheit von allen umsetzbar sein. Der Grund warum es noch nicht definitiv abgesegnet ist und warum noch nicht darüber informiert wurde ist, weil der Treuhänderin der Alpinmedic der Auftrag erteilt wurde ein Budget zu diesem Modell zu erstellen und aufzuzeigen, was es kosten wird. Aus den Einnahmen, die generiert werden, und aus der finanziellen Unterstützung des Kantons resultieren die Restkosten, welche die Gemeinde im Prinzip mit einer defacto Defizitgarantie abdecken müsste. Aus der Kalkulation wird hervorgehen, wie hoch diese ausfällt. Wenn das Modell gut läuft, müsste die Gemeinde weniger beisteuern, wenn es weniger gut läuft, ist der Beitrag höher. Die Berechnung wird in Zusammenarbeit durch die Treuhänderin von Beat Mühlethaler, sowie von Oliver Kleinbrod, betriebswirtschaftlicher Mitarbeiter des

Kantonsspitals und von Jan Diener vorgenommen. Wenn das Ergebnis gut ausfällt, kann das Modell vom Gemeindevorstand gutgeheissen werden. Nächstes Jahr muss dann ein Marschhalt eingelegt werden.

Georg Mettier stellt fest, dass diese Übergangslösung nur Arosa – Langwies betrifft. Es wurde in der Vergangenheit schon einmal darüber diskutiert, dass eine gesamtheitliche Lösung für Arosa und das Tal gefunden werden sollte. Er geht davon aus, dass das Parlament einmal definitiv über das weitere Vorgehen informiert wird. Es wissen viele Leute nicht, dass die Abdeckung von Chur bis nach Peist erfolgt und Langwies von Arosa aus abgedeckt wird. Wenn das Finanzielle und das Operative geklärt ist, müsste auch entsprechend informiert werden.

Gemäss Lorenzo Schmid ist es denkbar, dass zwischen der Rettung Chur und dem Ambulanzstützpunkt besser zusammengearbeitet wird bspw. in Bezug auf Peist oder St. Peter, indem die Ambulanz auch einmal Einsätze bis dorthin leisten kann. Das Kantonsspital hat signalisiert mit der Gemeinde zusammenzuarbeiten und das Modell voll zu unterstützen.

Wenn der Gemeindevorstand die definitive Rechnung dieses Modells erhält, muss er den Entscheid fällen, ob er bereit ist, das Defizit zu tragen. Das Defizit ist dann ins Budget aufzunehmen.

Alessandro Minnella sagt bezüglich der Kommunikation, dass wenn die Kosten für das neue Modell bekannt sind, die Bevölkerung klar informiert werden muss, dass mit dem jetzigen «Rolls-Royce-Modell» zurückgefahren wird. Dies aus kostenbedingten Gründen. Dabei soll aufgezeigt werden, was das «Rolls-Royce-Modell» effektiv kostet. Wenn sich Widerstand gegen die Aufhebung des ganzjährigen 7x24-Std. Modells regt, muss klar kommuniziert werden, dass dieses die Gemeinde bspw. CHF 0.5 Mio. kostet. Wenn die Luxusvariante von jemandem dann immer noch gewünscht wird, kann er immer noch einen entsprechenden Vorstoss an die Gemeinde machen. Wichtig ist die Kommunikation.

6. Hängige Aufträge / Anfragen

Paul Schwendener weist auf die dem Gemeindeparlament vorgängig zugestellte Pendenzenliste hin und fragt, ob Anmerkungen dazu bestehen.

Alessandro Minnella erkundigt sich zum Stand der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung.

Paul Schwendener antwortet, dass im Vorfeld der Sitzung verschiedene Fragen eingingen, die zum Teil bereits im Sitzungsverlauf beantwortet wurden. Die weiteren werden unter der Fragestunde beantwortet.

7. Aufträge / Anfragen / Fragestunde

Aufträge

Auftrag Ruth Moro vom 29. März 2018

«Auftrag für Gemeindeparlamentssitzung vom 18. April 2018

Änderungen von drei Bushaltestellen in Arosa

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident
sehr geehrte Mitglieder des Gemeindevorstandes

Gemäss Art. 53 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes reiche ich folgenden Auftrag ein:

Auftrag

Es ist vom Gemeindevorstand eine neue Bushaltestelle Valsana auf beiden Strassenseiten bei der Arztpraxis Valsana und bei Arosa Tourismus zu prüfen und dadurch die Bushaltestelle Ochsenbühl beidseitig aufzuheben.

Die Bushaltestelle Sandhubel kann beidseitig aufgehoben werden, analog der Haltestelle Ochsenbühl.

Für die Bushaltestelle Seeboden sind zwei verschiedene Lösungen zu prüfen. Im Sommer kann diese Haltestelle bestehen bleiben, jedoch während der Winterhauptsaison kann die Haltestelle geschlossen werden, weil getrennte Buslinie besteht.

Hiermit möchte ich den Gemeindevorstand beauftragen, in oben erwähnter Angelegenheit aktiv zu werden. Die Aufhebung der Bushaltestelle Ochsenbühl und die Realisierung der Haltestelle Valsana sollte bereits auf die Sommersaison 2018 erfolgen. Die Änderungen der beiden anderen Bushaltestellen können spätestens auf die Wintersaison 2018/2019 realisiert werden.

Ausgangslage

Die Bushaltestelle Ochsenbühl wird aktuell beidseitig mit dem Bus befahren und hatte bis zum Neubau Valsana auch seine Standortberechtigung. Seit der Eröffnung des Hotels, der Arztpraxis Valsana und dem Coop, hat sich die Situation für die Fahrgäste geändert, denn diese müssen nun ein längeres Teilstück zu Fuss gehen, um z.B. den Coop zu erreichen.

Begründung

Die neue Haltestelle Valsana ist nach Aussagen von etlichen Fahrgästen sehr gewünscht. Sie ist gästefreundlich, weil die Gäste und die Einheimischen direkt vor dem Einkaufsgeschäft Coop, vor der Arztpraxis und bei Arosa Tourismus ein- und aussteigen können. Für die neue Haltestelle Valsana hat es in beiden Fahrtrichtungen genug Platz. Jedoch vor dem Valsana müssten die seitlichen Parkplätze für die neue Haltestelle um genutzt werden.

Die Haltestelle Seeboden ist meines Erachtens sicherer als die Haltestelle Sandhubel.

Besten Dank für die Bearbeitung des Auftrages.

Freundliche Grüsse

Ruth Moro
Mitglied des Gemeindeparlaments

Arosa, 29. März 2018»

Abstimmung über den Antrag von Ruth Moro zur Deponierung beim Gemeindevorstand

Paul Schwendener lässt über die Deponierung des Antrags von Ruth Moro abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die einstimmige Deponierung des Auftrages von Ruth Moro «Änderung von drei Bushaltestellen» beim Gemeindevorstand. Der Gemeindevorstand ist angehalten, dem Gemeindeparlament gemäss Art. 55 lit. a) der Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament schriftlich Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Das Stimmverhältnis beträgt 14:0.
2. Gemäss Art. 56 Abs. 1 sind Aufträge an einer der folgenden Sitzungen, spätestens innert drei Monaten nach der Bekanntgabe der Einreichung durch den Gemeindeparlamentspräsidenten im Rat zu behandeln.
3. Protokollauszug an:
 - Gemeindekanzlei

Fragestunde

Paul Schwendener weist auf die vorgängig schriftlich eingegangenen Fragen von Ruth Moro und Alessandro Minnella hin. Einige Fragen wurden bereits im Rahmen der Sitzung beantwortet. Die noch offenen Fragen geht Paul Schwendener durch:

- Ruth Moro fragt, was mit der Anpassung des Parkplatzkonzeptes gemeint ist.

Lorenzo Schmid übergibt das Wort an den Ressortleiter Roman Kühne. Dieser antwortet, dass der Gemeindevorstand vor ein paar Jahren beschlossen hat, die Parkhäuser und die Aussenparkplätze aus dem all-inclusive-Konzept herauszunehmen und diese ganzjährig gebührenpflichtig macht. Die Gemeindepolizei setzte dies dahingehend um, dass die Plätze statt im Winter auch während der Sommersaison gebührenpflichtig sind. Vor zwei Jahren kam das Novemberhoch, wo eigentlich keine Saison mehr ist im Herbst. Diesen Sommer wird das Bärenland oben im Prättschli kommen. Aufgrund dessen musste der Gemeindevorstand über die Frage befinden, wie der damalige Gemeindevorstandsbeschluss betreffend der ganzjährigen Gebührenpflicht zu interpretieren ist. Die Frage ist, ob die Parkplätze während der Winter- und während der Sommersaison kosten oder ob sie im Sommer, im Herbst und im Winter gebührenpflichtig sind oder ob die Gebührenpflicht effektiv für das ganze

Jahr. gilt Der Gemeindevorstand hat beschlossen, dass die Gebührenpflicht für das ganze Jahr während 365 Tagen gilt. Dies ist ein Punkt.

Der zweite Punkt beinhaltet, dass aus dem Prätschliparkplatz, welcher heute ein Langzeitparkplatz ist, ein Kurzzeitparkplatz gemacht werden soll. Dies aufgrund des neuen Bärenlandes. Damit soll den Tagesgästen die Möglichkeit gegeben werden, dort zu parkieren.

Der dritte Punkt ist, dass die nicht bewirtschafteten Saisonparkplätze in der Neuwiese und der Deponie, welche über den ganzen Winter CHF 150.- gekostet haben, nicht mehr angeboten werden. Die Gemeinde benötigt den Boden selber. Neu werden die Saisonparkplätze in Zukunft im Müliboda angeboten. Es handelt sich um einen bewirtschafteten Parkplatz, wo jederzeit zu- und weggefahren werden kann. Die Gebühr beträgt jedoch nicht mehr CHF 150.- für 6 Monate, sondern CHF 300.- für den ganzen Winter.

Weiter wurde eine Erhöhung der Parkgebühren vorgeschlagen. Diese betrifft die Erhöhung in den Parkhäusern von CHF 15.- auf maximal CHF 18.- pro Tag. Ebenfalls hat man beim Prätschliparkplatz eine leichte Erhöhung der Parkgebühren vorgenommen.

Diese Massnahmen stehen auch im Zusammenhang mit rückläufigen Parkplatzgebühren. Die Parkplätze in Parpan und Churwalden werden genutzt und in Arosa sind die Parkhäuser halb leer.

- Ruth Moro fragt wann die Anpassung der Organisation des Forstes umgesetzt worden ist und ob darüber Auskunft erteilt werden kann. Zudem wurde dem Parlament in Aussicht gestellt, dass ihm das Ressort Forst näher vorgestellt wird. Sie fragt, wann dies geplant ist.

Peter Bircher antwortet, dass das Parlament mit der Einladung zur heutigen Sitzung ebenfalls eine Einladung des Forstes bekommen hat. Die Vorstellung des Ressort Forstes ist am 30. Juni 2018 geplant. Dies erfolgt im Rahmen einer Zusammenkunft im Forstwerkhof Valmischain. Eingeladen sind die Parlamentarier und der Gemeindevorstand und die Mitarbeiter des Forstes. Dabei soll aufgezeigt werden, was der Forst eigentlich leistet und welche Arbeiten dabei anfallen. Das Detailprogramm folgt noch.

Betreffend der Organisation des Forstes sagt Peter Bircher, dass eine operative Änderung vorgenommen wird. Dies steht im Zusammenhang mit dem neuen Revierförster Claudio Färber, welcher am 1. Mai 2018 seine Arbeit aufnimmt. Es gibt heute das Revier Berg und das Revier Tal. Der Revierförster Berg ist Andy Müller und der Revierförster Tal wird Claudio Färber sein. Werner Giger ist der Ressortleiter Forst, welcher Forstprojekte betreut.

- Ruth Moro fragt nach dem Stand der Planung des Posthotels.

Yvonne Altmann sagt, dass die Planung immer noch im Gange ist. Die Gemeinde ist dabei gefordert. Die Investoren möchten möglichst viel bauen können. Der Gestaltungsplaner unterstützt die Gemeinde dabei stark, damit ein gutes und mehrheitsfähiges Paket vorliegen wird. Schlussendlich muss darüber an der Urne abgestimmt werden. Man muss sich aktuell bezüglich der Höhe und der Breite finden.

- Alessandro Minnella fragt wie der Stand bei der Überbauung Carmenna ist und wann mit dem Baubeginn gerechnet werden kann.

Yvonne Altmann antwortet, dass die Gemeinde die Baubewilligung erteilt hat, welche ein Jahr, bis im August 2018, gültig ist. Der Eigentümer informierte Yvonne Altmann, dass er der Gemeinde im Laufe des Aprils die neusten Informationen zukommen lassen wird. Ein Baustart wurde bis jetzt noch nicht kommuniziert.

- Alessandro Minnella fragt, wie der Gemeindevorstand auf den öffentlichen Brief der Wiedereinführung der Gemeindeversammlung reagiert und ob es dabei schon Ideen oder Ausführungen gibt.

Lorenzo Schmid antwortet, dass im Gemeindevorstand darüber noch nicht gross debattiert wurde. An der vergangenen Sitzung wurde bereits von Ludwig Waidacher der Hinweis gegeben, dass das Parlament dem Gemeindevorstand diesbezüglich ein Auftrag erteilen könnte. Es stellt sich die Frage nach dem besten Vorgehen. Es ist sowieso nötig, die Verfassung zu überarbeiten. Dieser Teil muss jedoch ausgespart werden, weil dafür eine Zustimmung an der Urne von 75% notwendig ist. Die Bevölkerung ist sicher dafür zu gewinnen, eine oder zwei Gemeindeversammlungen pro Jahr wieder einzuführen. Dies ist auch im Kommunikationskonzept berücksichtigt. Das wäre die beste Variante, wenn die Bevölkerung an die Gemeindeversammlung gehen könnte und Fragen unter Diverses stellen kann. Das wäre hinsichtlich Kommunikation ein grosser Vorteil. Wenn eine Initiative diesbezüglich kommt, müsste man sich darauf konzentrieren, dass es zwei Gemeindeversammlungen pro Jahr gibt. Wenn eine für die Jahresrechnung und eine für das Budget vorgesehen ist, stellt sich die Frage, was das Gemeindeparlament noch für eine Aufgabe hat, wenn alle Gesetze einmal harmonisiert sind. Dieser Punkt muss überlegt werden. Von daher ist zu überlegen, ob der Gemeindevorstand nicht von sich aus einmal einen Vorschlag erarbeitet, damit zumindest das Budget in der Zuständigkeit des Parlaments bleibt. Bei den Gemeindeversammlungen wurde das Budget durchgeblättert. Bis auf ein paar wenige kritische Stimmen kamen damals zum Budget relativ wenig Voten. Bei der Behandlung der Jahresrechnung macht es Sinn, diese im Rahmen einer Gemeindeversammlung zu behandeln. Eine zweite Gemeindeversammlung könnte zu einem bestimmten Thema durchgeführt werden.

Markus Lüscher schlägt vor, dass diese Thematik auf die Oktober-Sitzung genommen werden soll, um es grundlegend zu diskutieren. Das System hat nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile, mit denen man leben können muss. Eine Grundsatzdiskussion im Rahmen der Oktober-Sitzung an einer Randzeit wäre sinnvoll.

- Alessandro Minnella fragt, wie der Stand der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist.

Lorenzo Schmid antwortet, dass er und Peter Remek in der vergangenen Woche mit dem Fachmann, Roger Sonderegger von der Uni St. Gallen, zu einer Sitzung zusammengekommen sind. Er hat sehr viel Erfahrung in diesem Bereich, da er andere Gemeinden und Städte bei solchen Arbeiten begleitet hat. Er hat eine Offerte in der letzten Woche erstellt. Die Kosten werden mit rund CHF 40'000.- veranschlagt. Roger Sonderegger wird nun einen Leitfaden für die Gemeinde erstellen. Dieser handelt das Vorgehen und die Zuständigkeiten Schritt für Schritt bis zum Beizug der Kommission ab.

Offene Fragestunde

- Christoph Junker sagt, dass Unterschriften bezüglich des Öffentlichkeitsprinzips gesammelt werden. Er fragt, ob der Gemeindevorstand aufgrund der heutigen Voten plant, einen Beitrag in der Zeitung zu bringen, welche das Ganze Vorhaben Bahnhofplatz differenziert darlegt. Damit kann der Initiative Luft aus den Segeln genommen werden. Aus dem letzten Zeitungsartikel ist das Vorhaben nicht sehr gut «herübergekommen». Dies hat dazu geführt, dass das Öffentlichkeitsprinzip wieder auf den Tisch gekommen ist und innert kürzester Frist werden die Unterschriften zusammenkommen. Die Gemeinde muss sich dann wieder damit befassen. Christoph Junker betrachtet dies als eine Anregung. In der letzten Zeitungsausgabe kamen zuviele Informationen und alles miteinander. Es kommt anders an, wenn in der Zeitung kommuniziert wird, dass das Vorhaben mit der Fussgängerzone am Bahnhofplatz etappiert ist und anschliessend die Vor- und Nachteile analysiert werden. Das kommt anders «herüber» als wenn kommuniziert wird, dass das Dorf autofrei gemacht wird. Deshalb würde es Christoph Junker sehr begrüßen, wenn dies nochmals so kommuniziert wird, wie es an der heutigen Sitzung besprochen wurde.

Lorenzo Schmid nimmt dies so entgegen.

- Markus Lütcher regt betreffend Buskonzept an, ob Elektrobusse, resp. alternative Antriebsmöglichkeiten geprüft werden können. Er hat dies schon einmal mit Peter Remek besprochen und die Auskunft erhalten, dass es technische Probleme hierzu gibt. Markus Lütcher regt an, dass diese Option dennoch im Auge behalten werden soll.

Peter Remek antwortet, dass diese Anfrage vor ein paar Jahren von Arosa Tourismus bereits einmal kam. Pascal Jenny hatte dazu Kontakt mit einem Lieferanten. Die Gemeinde Flims versuchte im vergangenen Jahr mit Elektrobusen zu arbeiten. Das Problem war, dass sie die Elektrobusse nie länger als einen Tag lang fahren lassen konnten, dann standen sie wieder. Sie mussten dann die «normalen» Busse fahren lassen. Anscheinend ist die Technologie bei den Elektrobusen noch nicht soweit, dass diese bei den Temperaturen auf dieser Höhe richtig funktionieren. Die Gemeinde wird den Bus ab 1. Dezember 2019 neu ausschreiben. Dieses Konzept der Elektrobusse kann dabei in die Ausschreibung miteinfließen, wenn die Technologie soweit ist. Man muss flexibel bleiben und im Vertrag regeln, wie oft die Busse zu ersetzen sind und dass der Vertrag so umschrieben wird, dass die Elektrobusse beschafft werden können, wenn die Technologie soweit ist. Die Gemeinde Flims hat nun darauf verzichtet, weil sie in der Testphase schlechte Erfahrung gemacht hat.

- Markus Lütcher regt zum Tourismus im Tal an, dass dieser gefördert werden soll. Dies wurde bereits diskutiert bei der Behandlung des Fahrreglements für die Befahrung der Alpen-, Güter- und Waldstrassen. Die Gastrobetriebe, bspw. im FONDEI oder TRIEMEL, sollen Tagesfahrbewilligungen gegen Konsumation gratis abgeben können. Laut Verordnung liegt dies in der Kompetenz des Gemeindevorstandes. Dies gäbe keinen grossen Umtrieb. Es würden dadurch auch keine Gastrobetriebe speziell bevorzugt werden. Ein Mehrverkehr ist dadurch nicht zu erwarten.

Martin Michael bedankt sich bei Markus Lüscher, dass er sich für Tourismusanliegen des Tals einsetzt. Diese Massnahme rettet jedoch kein Restaurant, wenn er deswegen einen Kaffee mehr verkauft. Die Kehrseite der Medaille ist, dass über das schönste Wandergebiet an einem Sonntag zahlreiche Autos fahren, welche nirgends parkieren können um einen Kaffee in den Restaurants trinken zu können. Das ist alles andere als ökologisch. Das Gleiche wäre, wenn man zur Ochsenalp oder zur Carmenhütte fahren würde um die Wirtschaft etwas anzukurbeln.

- Markus Lüscher sagt bezüglich der Teilrevision der Ortsplanung Vetter, dass das Signal, welches das Urteil ausgesendet hat, schlecht ist. Man will, dass Arosa für gute Investoren, ein guter Ort sein soll. Gut ist man, wenn man verlässlich und glaubwürdig ist. Es bestehen noch mehrerer touristische Projekte, welche in der Entstehung sind. Markus Lüscher hat Angst, dass diese auch «einsprachegefährdet» sind. Deshalb drängt er darauf, dass mit der Ortsplanungsrevision vorwärts gemacht wird, damit die Grundlagen für die Investoren vorliegen, welche ihnen Rechtssicherheit gewährleisten. Die Teilrevisionen sind nicht optimal. Man darf auch nicht jene verurteilen, welche Einsprache machen. Der Nutzungstransport von St. Peter nach Arosa im Fall Vetter war fraglich. Lorenzo Schmid wurde in der Zeitung zitiert, dass man gewusst hatte, dass dies Ecken und Kanten hat. Markus Lüscher fragt, wenn der Gemeindevorstand schon gewusst hat, dass es ein heikles Geschäft ist, warum bei den Ämtern keine Vorabklärungen getroffen wurde, ob es überhaupt eine Chance hat. Als Stimmbürger möchte er sich darauf verlassen, dass ein abzustimmendes Geschäft vollständig und abgeklärt ist. Jetzt liegt die Situation vor, dass eine Abstimmung stattfand, die für nichts war und Geld gekostet hat. Weiter gab es einen Prozess, der verloren wurde und ebenfalls Geld gekostet hat. Markus Lüscher fragt, ob diese Abstimmung ein Testlauf war, resp. wie sah die Risikoabklärung aus, bevor es für die Abstimmung freigegeben wurde. Man muss die Garantie haben, dass man etwas durchbringt, was gesetzeskonform ist.

Lorenzo Schmid antwortet, dass man nicht ein Paket von Anfang an so erstellen kann, dass man davon ausgehen kann, dass man definitiv Recht bekommt. Vor Gericht oder Behörden kann kein Einfluss genommen werden. Es sind Verfahren, die dann laufen. Im vorliegenden Fall gab es eine Vorprüfung. Dies ist immer der wichtigste Teil. Dabei wird aufgezeigt, dass das Vorhaben so gemacht werden kann. Die erste Vorprüfung war sogar ganzheitlich positiv. Dies ist jedoch immer unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Regierung. Diese sitzen dann wieder zu fünft zusammen und können das Ganze wieder kippen. Nach der ersten Vorprüfung erhielt die Gemeinde den Hinweis, dass der Punkt mit der Landkompensation Fragen geben könnte. Die Gemeinde hat das Verfahren bis zur erfolgreichen Volksabstimmung weitergeführt. Letzten Endes hat es die Regierung dann nicht genehmigt, weil einerseits die Planung zu schlank gewesen ist und andererseits, weil die Landkompensation, welche sie in der Regel als Trickkompensationen bezeichnen, nicht zulässig ist. Die Auskunft der ersten Vorprüfung war jedoch nicht so. Die Planung ist bis zu einem gewissen Grad auch vom Grundeigentümer abhängig. Dieser wollte zuerst einmal wissen, ob das Volk dem Vorhaben überhaupt zustimmt. Ist dies der Fall, ist der Grundeigentümer auch bereit mehr Geld dafür auszugeben. Selbst wenn die Regierung die Teilrevision genehmigt hätte, wäre ein Weiterzug ans Verwaltungsgericht möglich gewesen.

Paul Schwender ergänzt, dass es keine Garantie gibt, etwas durchzubringen, was gesetzeskonform ist.

- Alessandro Minnella erkundigt sich zum Stand des Tourismusgesetzes und des zeitlichen Ablaufs. Das Geschäft wird sich aufgrund der Krankheit von Rolf Bucher verzögert haben. Alessandro Minnella wünscht ihm an dieser Stelle weiterhin gute Genesung.

Lorenzo Schmid sagt, dass Roman Kühne dem Vorstand das Mustergesetz des Kantons geschickt hat.

Rolf Bucher ergänzt, dass in diesem Monat eine Sitzung dazu stattfindet. Wenn eine Einheit gefunden wird und man zügig vorankommt, kann es allenfalls in diesem Jahr noch gebracht werden. Dies muss aber nicht zwingend sein, da es ein heikles Geschäft ist.

Schlusswort des Parlamentspräsidenten

Paul Schwendener dankt den Anwesenden für die konstruktive Zusammenarbeit. Weiter bedankt er sich beim Publikum für das Interesse. Viele Traktanden waren es nicht, aber es ist wichtig, dass die Zeit auch genutzt werden kann, um über verschiedene Themen zu diskutieren. Er wünscht allen einen schönen Abend und eine gute Heimkehr. Damit schliesst der Parlamentspräsident die 2. Parlamentssitzung im Jahr 2018.

NAMENS DES GEMEINDEPARLAMENTS

Der Parlamentspräsident: Der Aktuar:

Paul Schwendener

Jan Diener